

Niederschrift

über die

Sitzung des Stadtrates

der Stadt Burglengenfeld

Sitzungstermin:	Dienstag, 17.03.2015
Sitzungsort/-raum:	im historischen Rathausaal
Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	23:23 Uhr

Zur heutigen Sitzung des Stadtrats wurden von Bürgermeister Thomas Gesche sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen. Zu Beginn der Sitzung waren Bürgermeister Thomas Gesche als Vorsitzender und 21 der 24 Mitglieder des Stadtrates anwesend.

Bürgermeister Gesche erläuterte, dass form- und fristgerecht geladen wurde und dass das Gremium formell beschlussfähig wäre, diese Stadtratssitzung aber eine reine informative Sitzung ist.

Zeitpunkt und Ort der öffentlichen Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht.

Bürgermeister Gesche begrüßte alle Stadträte, Ortssprecher, Vertreter der Verwaltung, den Vorstand der Stadtwerke Herrn Gluth, die Vertreter von KPMG Herrn Sebacher, Herrn Scheckenhofer, Herrn Dr. Döbler, von der Mittelbayerischen Zeitung Herrn Baumgarten und Herrn Lehmann sowie alle Zuhörer im Saal.

Um 20:25 Uhr bis 20:35 Uhr erfolgte eine Pause. Um 21:40 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen. Beginn des nichtöffentlichen Teiles war um 21:55 Uhr.

Bürgermeister Gesche wünschte allen Bürgern einen schönen Abend und einen guten Nachhauseweg.

Um 23:23 Uhr wurde die nichtöffentliche Sitzung geschlossen.

Bürgermeister Gesche wünschte allen Stadträten einen schönen Abend und einen guten Nachhauseweg.

Anfragen:

Stadtrat Glatz fragte, warum diese Sitzung nicht live ins Internet übertragen wird, weil dieser Tagesordnungspunkt sehr wichtig sei?

Bürgermeister Gesche sagte, dass diese Sitzung ursprünglich nicht öffentlich geplant war, der Live-Stream-Vertrag beläuft sich nur auf zwölf Sitzungen im Jahr, zudem hat die Sitzung nur einen Tagesordnungspunkt.

Stadtrat Bösl fragt, ob es möglich ist, die Sitzung heute aufzunehmen oder ein Wortlautprotokoll zu führen.

Bürgermeister Gesche sagte, dass es möglich ist, ein Wortlautprotokoll zu führen.

Stadtrat Bösl stellt den Antrag, ein Wortlautprotokoll aufzuzeichnen und zu führen.

Bürgermeister Gesche sagte, dass dies ein sehr guter Antrag sei, aufgrund der Wichtigkeit ist die Sitzung aufzuzeichnen und als Wortlautprotokoll zu führen.

Bürgermeister Gesche formuliert den Antrag:

Als Antrag zur Geschäftsordnung, die Sitzung als Wortlautprotokoll aufzuzeichnen.

Wer dem zustimmt, den möchte ich um sein Handzeichen bitten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtrat Schreiner sagt, dass er der dritte im Bunde ist, der moniert, dass nicht live übertragen wird. Es würde sich aus der Sicht der BWG schon gehören, dass heute live übertragen wird. Ich habe aber auch Einwendungen zur Tagesordnung. Die BWG hat am 11.03.2015 einen Antrag gestellt, der wie folgt lautet:

Das Gesche der wie von KPMG vorgeschlagen Schließung des Wohlfühlbades „Bulmare“ eine Absage erteilt wird und dieser Vorschlag nicht weiter verfolgt wird. Ich vermisste diesen Punkt auf der Tagesordnung.

Bürgermeister Gesche sagt, dass dieser Punkt wahrscheinlich in der nächsten Stadtratssitzung behandelt werden wird. Dieser Antrag ist

a) verspätet eingegangen nach der Geschäftsordnung

b) juristisch mehrfach falsch,

aber wir werden das in der nächsten Woche thematisieren. Dieser Antrag wird heute nicht aufgenommen.

Stadtrat Schreiner: Abgesehen davon, dass ich ihn nicht für verspätet halte, mal abgesehen von allen juristischen Spitzfindigkeiten, warum wird heute nicht über den Antrag entschieden? Es gibt keinen mir ersichtlichen Grund, warum über diesen Antrag heute nicht entschieden werden kann. Wenn ich mir zu Auge führe, was Sie bei Facebook kommentieren und auch sonst im Wahlkampf zum besten gegeben haben, da heißt es eindeutig, „eine Schließung des Bulmare wird es mit der CSU nicht geben“, und in der Mittelbayerischen Zeitung vom 27. Februar haben Sie auf Nachfrage der MZ so geschrieben: „Ich werden alles tun, dass unser attraktives Bad erhalten werden kann.“ Man kann jetzt darin einen gewissen Widerspruch erkennen oder eine gewisse Abmilderung des zweiten Statements gegenüber dem ersten, aber es ist kein Grund ersichtlich, warum der Antrag heute nicht behandelt werden kann.

Bürgermeister Gesche: Erstens ist es so, dass es schön ist, dass die Aussagen zur Kenntnis genommen wurden und dass Sie die Widersprüchlichkeiten wenn dann natürlich auch exklusiv erkennen, aber es ist auch so, dass dieser Antrag nicht eilbe-

dürftig ist. Und zum anderen stellen Sie auch einen Antrag zu einer Empfehlung die es so nicht gibt. Damit befassen wir uns aber später. Es gibt keine Empfehlung – von niemandem – das Bad zu schließen.

Stadtrat Schreiner: Ich stelle nochmal ganz förmlich die folgenden Anträge, dass folgende Punkte auf die Tagesordnung aufgenommen werden:

1. Die Dringlichkeit des Antrages der BWG vom 11.03.2015 wird festgestellt
 2. Der Antrag an sich vom 11.03.2015 über die Fällung der Grundsatzentscheidung.
- Ich bitte hiermit darum, abstimmen zu lassen.

Bürgermeister Gesche: Nach Rücksprache mit der Rechtsaufsicht werden wir das nicht tun. Es gibt keinen eilbedürftigen Antrag, der uns vorliegt. Gibt es weitere Fragen zur Tagesordnung?

Stadtrat Schreiner: Herr Bürgermeister, Sie haben mich offenkundig nicht verstanden, ich beantrage, dass auf die Tagesordnung kommt, dass die Eilbedürftigkeit vom Stadtrat festgestellt wird.

Bürgermeister Gesche: Und ich lasse darüber nicht abstimmen. Gibt es weitere Anfragen zur Tagesordnung?

Dass ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so angenommen worden.

Schweigeminute für Herrn Dietmar Zierer, langjähriges Stadtratsmitglied, stellvertretender Landrat und auch Mitglied des Landtags.

Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Funktion Name, Vorname	Bemerkung
1. Bürgermeister:	
Gesche, Thomas 1. Bürgermeister	
Stadtratsmitglieder:	
Beer, Andreas jun. Stadtrat	verlässt den Saal von 23:01 Uhr bis 23:04 Uhr
Bösl, Sebastian Stadtrat	
Deml, Hans Stadtrat	
Deschl, Karl Stadtrat	verlässt den Saal von 22:58 Uhr bis 23:01 Uhr
Ehrenreich, Oliver Stadtrat	verlässt den Saal von 19:16 Uhr bis 19:18 Uhr / verlässt die Sitzung im nö Teil um 23:00 Uhr
Ehrenreich, Sabine Stadträtin	
Glatzl, Hans Stadtrat	verlässt den Saal von 19:35 Uhr bis 19:37 Uhr und von 22:38 Uhr bis 22:40 Uhr
Graf, Max Stadtrat	verlässt den Saal von 19:24 Uhr bis 19:26 Uhr und von 22:54 Uhr bis 22:55 Uhr
Gruber, Josef 3. Bürgermeister	
Hofmann, Christine	verlässt den Saal von 23:10 Uhr bis 23:12 Uhr
Hofmann, Thomas Stadtrat	
Konopisky, Roland Stadtrat	verlässt den Saal von 20:20 Uhr bis 20:22 Uhr
Krebs, Bernhard 2. Bürgermeister	verlässt den Saal von 19:58 Uhr bis 20 Uhr, von 22:12 Uhr bis 22:14 Uhr und von 23:00 Uhr bis 23:02 Uhr
Mulzer, Barbara Stadträtin	
Plecher, Georg Stadtrat	
Schaller, Michael Stadtrat	verlässt den Saal von 23:06 Uhr bis 23:10 Uhr
Schreiner, Albin Stadtrat	
Schwarz, Christoph Stadtrat	
Steinbauer, August Stadtrat	
Vohburger, Evi Stadträtin	
Wein, Peter Stadtrat	verlässt den Saal von 19:25 Uhr bis 19:27 Uhr und von 22:54 Uhr bis 22:56 Uhr
Ortssprecher:	
Auer, Josef jun. Ortssprecher	verlässt die Sitzung um 20:25 Uhr
Ehrnsperger, Jürgen Ortssprecher	verlässt den Saal von 19:40 Uhr bis 19:44 Uhr, von 21:12 Uhr bis 21:15 Uhr, von 22:29 Uhr bis 22:30 Uhr und von 22:51 Uhr bis 22:54 Uhr verlässt die Sitzung im nö Teil um 23 Uhr
Feuerer, Yvonne Ortssprecherin	
Verwaltung:	
Frieser, Elke Stadtkämmerin Leiterin Kämmeri	
Haneder, Franz Stadtbaumeister Leiter Stadtbauamt	
Hitzek, Michael Pressereferent	verlässt den Saal von 19:35 Uhr bis 19:37 Uhr
Kolb, Fritz VOAR Leiter Bauverwaltung	
Schneeberger, Gerhard VAR, Leiter Bürgerbüro	
Wittmann, Thomas VOAR Leiter Hauptamt	

Schriftführerin:	
Faltermeier, Susanne Verwaltungsangestellte	
Lorenz, Regina Verwaltungsangestellte	

Nicht anwesend waren:

Funktion Name, Vorname	Bemerkung
Stadtratsmitglieder:	
Bernet, Christina Dr. Stadträtin	entschuldigt
Karg, Heinz Stadtrat	entschuldigt
Lorenz, Theo Stadtrat	entschuldigt

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung:

1. Vorstellung des Revisionsberichtes (Kassensturz) durch die Fa KPMG (öffentlicher Teil)
2. Anfragen nach § 31 der Geschäftsordnung / Informationen des Bürgermeisters

Protokoll

Bürgermeister Gesche:

Dazu darf ich die Vertreter der Fa. KPMG begrüßen die uns heute in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung die Endversion der durchgeführten Gesamtrevision präsentieren werden. Diese sind:

Herr Sebacher, Herr Scheckenhofer und Herr Dr. Döbler – Herzlich willkommen.

Doch noch einmal ganz kurz - worum geht es bei diesem Kassensturz?

Dieser wurde bereits vor einem Jahr beim sog. Kandidatenvergleich von allen 4 Bürgermeisterkandidaten gefordert und auch im neuen Stadtrat fand sich schließlich eine breite Mehrheit aus CSU, SPD, Grünen und BFB, die eine Gesamtrevision erstellen lassen wollten.

Diese Gesamtrevision sollte in erster Linie einen Überblick über die Finanzen der Stadt und aller Tochterunternehmen herstellen.

Des Weiteren sollten alle Finanz Konstrukte auf den Prüfstand kommen, wie z. B. das Swapportfolio oder die Schweizer Fremdwährungskredite, so dass letzt endlich ein Gesamtbild über die Leistungsfähigkeit der Stadt erstellt werden kann und dem Stadtrat somit eine Entscheidungsgrundlage für das künftige finanzielle Handeln und den nächsten Haushalt zur Verfügung steht.

Deshalb ist jeder Cent dieser Bestandsaufnahme sehr gut angelegt, um die intransparenten Verhältnisse der letzten Jahre zu beenden. Denn große Teile des Stadtrates und auch ich sagen, allen Stadträten müssen alle Informationen zur Verfügung gestellt werden und auch die Bürger haben ein Recht umfassende und ehrliche Informationen zu erhalten.

Prüfungsgegenstand war es nicht, die Aktiva Seite darzustellen, ganz einfach deswegen, weil hieran seit 2006 eine andere externe Firma arbeitet. Man darf sich fragen, warum diese Vermögensbewertung nicht bereits seit Jahren fertig ist, aber ich habe auf jeden Fall alles dafür getan, dass auch diese Vermögensbewertung nun kurz vor dem Abschluss steht und dem Stadtrat somit auch die aktuellsten Vermögenswerte zur Verfügung stehen.

Deswegen war dies kein Prüfauftrag der KPMG um hier keine Doppelbeauftragung zu verursachen.

Damit zum Thema Transparenz:

Jedem Stadtrat stand bereits seit Ende Februar der Entwurf und seit letzter Woche Mittwoch das endgültige Gutachten zur Verfügung.

Darüber hinaus wird es in Kürze ein Sondermitteilungsblatt der Stadt mit den wichtigsten Eckdaten geben, wie ich bereits angekündigt hatte.

Und soweit wir das dürfen, werden wir das Gutachten öffentlich zugänglich machen, auch das habe ich beim letzten Mal bereits gesagt.

Mehr Transparenz geht also gar nicht.

Wichtig ist aber letztendlich nicht nur wann dieses Gutachten fertig ist, sondern was darin steht und welche Lehren der Stadtrat für die Zukunft unserer Stadt daraus zieht.

Und das führt uns automatisch zum Bulmare, denn hier sei noch Mal erwähnt, dass unser Wohlfühlbad niemals zur Debatte stand und auch nicht steht. Und auch gibt es keine Empfehlung von KPMG dieses zu schließen, sondern KPMG zeigt vielmehr drei Möglichkeiten auf.

Ich sage aber ganz klar, mit mir gibt es keine Schließung des Bulmare. Und ich finde es positiv, wenn alle in das Lied einstimmen, welches ich vor der Wahl bereits angestimmt habe.

Nur dann werden positive Worte von den Stadträten nicht reichen, sondern das Bulmare muss endlich mit den nötigen finanziellen Mitteln aus dem städtischen Haushalt ausgestattet werden, wie es auch KPMG beschreibt.

Erst wenn die Stadträte hierzu bereit sind und diesen schwierigen Weg mitgehen, werden wir sehen was diese Lippenbekenntnisse wert waren.

Und weil ich immer wieder höre, durch die öffentliche Diskussion würde ein Schaden entstehen: Dazu sage ich Ihnen, dass durch die Wahrheit und durch Transparenz noch nirgendwo ein Schaden entstanden ist. Wenn überhaupt schadet die Intransparenz der letzten Jahre und eine mehr als angespannte Finanzsituation.

Und noch eines zum Schluss – manche Mandatsträger sind sich wohl Ihrer Verpflichtungen nicht bewusst. Wir sind hier keine lockere Diskussionsrunde, sondern ein vom Bürger gewähltes Stadtratsgremium. Und Stadträte haben eine Verschwiegenheitspflicht.

Aber insbesondere habe ich beim letzten Mal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass niemand das Gutachten, welches auch nicht öffentliche Teile enthält, also Nennung von Verträgen und von Personen und dergleichen, dass niemand dieses weiterzugeben hat. Stattdessen hat jemand dieses einer Firma zugespielt, wodurch der Stadt ein ganz direkter, finanzieller Schaden entstanden ist.

Das ist kein Kavaliersdelikt, sondern der Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht ist ein Straftatbestand und sie dürfen sich sicher sein, dass ich den Verantwortlichen mit allen rechtlichen Mitteln und allen rechtlichen Folgen zur Verantwortung ziehen werde.

Deshalb auch heute noch Mal der Hinweis. Das Gutachten enthält nicht öffentliche Passagen und ist nicht an Dritte weiterzugeben. Jeden Verstoß wird die Stadt rechtlich belangen.

Nun aber zum Bericht der KPMG.

Zuerst KPMG Bericht, anschließend Fragen... Eine Abstimmung gibt es heute nicht, es erfolgt nur eine Information und die Gelegenheit zur Fragestellung.

A) Öffentliche Sitzung:

Gegenstand:	Vorstellung des Revisionsberichtes (Kassensturz) durch die Fa KPMG (öffentlicher Teil)
--------------------	--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 21 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

A) öffentliche Sitzung:

Bürgermeister Gesche führt aus:

Damit kommen wir dann zum Tagesordnungspunkt 1 des öffentlichen Teils der heutigen Stadtratssitzung und zwar der Vorstellung des Revisionsberichtes durch die Firma KPMG.

Dazu darf ich die Vertreter der Fa. KPMG begrüßen, hier bei uns, die uns heute in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung die Endversion der durchgeführten Gesamtrevision präsentieren werden. Diese sind:

Herr Sebacher, Herr Scheckenhofer und Herr Dr. Döbler – herzlich willkommen.

Doch noch einmal ganz kurz – worum geht es bei diesem Kassensturz? Dieser wurde bereits vor einem Jahr beim sog. Kandidatenvergleich von allen vier Bürgermeisterkandidaten gefordert und auch im neuen Stadtratsgremium, in diesem hier, fand sich schließlich eine breite Mehrheit aus CSU, SPD, Grünen und BFB, die eine Gesamtrevision erstellen lassen wollten.

Diese Gesamtrevision sollte sich in erster Linie einen Überblick verschaffen über die Finanzen der Stadt Burglengenfeld und aller Tochterunternehmen.

Des Weiteren sollten alle Finanzkonstrukte auf den Prüfstand kommen, wie z.B. das Swap-Portfolio oder die Schweizer Fremdwährungskredite, so dass letztendlich ein Gesamtbild über die Leistungsfähigkeit der gesamten Stadt Burglengenfeld erstellt werden kann und dem Stadtrat somit eine Entscheidungsgrundlage für das künftige finanzielle Handeln und auch natürlich für den nächsten Haushalt zur Verfügung gestellt wird.

Deshalb ist jeder Cent, und das sage ich hier nochmal ausdrücklich, dieser Bestandsaufnahme sehr gut angelegt, um die intransparenten Verhältnisse der letzten Jahre zu beenden. Denn große Teile des Stadtrates und auch ich sagen ganz deutlich, allen Stadträten müssen tatsächlich alle Informationen zur Verfügung gestellt werden und auch die Bürger haben ein Recht auf ehrliche und umfassende Information.

Prüfungsgegenstand, und das sage ich hier, war es nicht, die Aktiva-Seite der Stadt

darzustellen, ganz einfach deswegen, weil bereits seit dem Jahr 2006 eine andere externe Firma damit beauftragt ist. Man darf sich durchaus fragen, warum diese Vermögensbewertung nicht bereits seit Jahren fertig ist, aber ich habe auf jeden Fall alles dafür getan, dass diese Vermögensbewertung nun kurz vor dem Abschluss steht und dem Stadtrat somit auch die aktuellsten Vermögenswerte zur Verfügung stehen werden.

Deswegen war dies kein Prüfauftrag der Firma KPMG, um hier keine doppelte Prüfung zu beauftragen.

Damit zum Thema Transparenz: Jedem Stadtrat, jeden einzelnen, stand bereits seit Ende Februar der Entwurf und seit letzter Woche Mittwoch das endgültige Gutachten zur Verfügung.

Darüber hinaus wird es in Kürze, wie ich bereits angekündigt habe, ein Sondermitteilungsblatt der Stadt Burglengenfeld mit den wichtigsten Eckdaten zu diesem sogenannten Kassensturz veröffentlicht werden.

Und soweit wir das dürfen, rechtlich, werden wir das Gutachten öffentlich zugänglich machen, auch das habe ich beim letzten Mal bereits gesagt.

Mehr Transparenz geht also gar nicht.

Wichtig ist aber letztendlich nicht nur, wann dieses Gutachten fertig geworden ist, sondern was darin steht und welche Lehren der Stadtrat letztendlich daraus zieht.

Und das führt uns automatisch, was bereits angesprochen wurde, zum Bulmare, denn hier sei noch Mal erwähnt, dass unser Wohlfühlbad niemals zur Debatte stand und auch nicht steht. Und auch gibt es keine Empfehlung der Firma KPMG, dieses zu schließen, sondern KPMG zeigt hier vielmehr drei mögliche Lösungsansätze auf.

Ich sage aber ganz klar und ganz deutlich, hier noch einmal und öffentlich, dass es mit mir keine Schließung des Bulmare geben wird. Und ich finde es positiv, wenn alle in das Lied natürlich einstimmen, was ich aber vor der Wahl bereits schon angestimmt habe, wie gerade auch schon kundgetan wurde.

Nur dann, oder beziehungsweise: Ich muss sagen, dass es natürlich mit mir keine Schließung geben wird, aber das natürlich diese positive Worte von den Stadträten nicht reichen, sondern dass das Bulmare natürlich dann im gleichen Atemzug auch mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden braucht oder muss, die es für die Zukunft braucht, nur dann werden diese positiven Worte letztendlich auch zu dem Ergebnis führen, was sich jeder hier im Stadtrat wünscht.

Erst wenn die Stadträte hierzu bereit sind und diesen, ich sage es ganz deutlich, schwierigen Weg mitzugehen, werden wir alle sehen, was diese Lippenbekenntnisse der Stadträte wert waren.

Und weil ich immer wieder höre, durch die öffentliche Diskussion, die wir hier führen, würde ein Schaden entstehen: Meine Damen und Herren, dazu sage ich Ihnen, dass durch die Wahrheit und durch Transparenz noch nirgendwo ein Schaden entstanden ist. Wenn überhaupt, schadet die Intransparenz der letzten Jahre und eine mehr als

angespannte Finanzsituation.

Und noch eines zum Schluss – manche Mandatsträger, und das nochmal in aller Deutlichkeit, sind sich wohl ihrer Verpflichtungen nicht bewusst. Wir sind hier keine lockere Diskussionsrunde, meine Damen und Herren, sondern ein vom Bürger gewähltes Stadtratsorgan. Stadträte, und das sage ich hier deutlich, haben eine Verschwiegenheitspflicht.

Aber insbesondere habe ich beim letzten Mal auch darauf hingewiesen, dass niemand dieses Gutachten, welches eben auch nicht öffentliche Teile beinhaltet, also Nennung von Verträgen und von Personen und dergleichen, dass niemand dieses weiterzugeben hat. Stattdessen hat jemand aus dieser Runde das Gutachten einer privaten Firma zugänglich gemacht, wodurch der Stadt Burglengenfeld ein ganz direkter, finanzieller Schaden entstanden ist.

Das, meine Damen und Herren, ist kein Kavaliersdelikt, sondern der Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht, ist ein Straftatbestand und Sie dürfen sich sicher sein, dass ich den Verantwortlichen mit allen rechtlichen Mitteln und allen rechtlichen Folgen zur Verantwortung ziehen werde.

Deshalb auch heute nochmal, zu Ihrem Schutz, ganz deutlich der Hinweis: Das Gutachten enthält nicht öffentliche Teile und nicht öffentliche Passagen und ist an Dritte nicht weiterzugeben. Jeden Verstoß wird von der Stadt belangt werden müssen.

Nun aber, meine Damen und Herren, zum KPMG-Bericht. Wir machen es heute anders, als beim letzten Mal, wir haben die drei Vertreter der Firma KPMG anwesend. Ich freue mich sehr. Wir werden heute zuerst den Bericht, den öffentlichen Bericht, den ganzen uns anhören, und bitte Sie, Ihre Fragen zu notieren. Ihre Statements und Fragen werden dann im Anschluss beantwortet werden, soweit sie nicht gegen die Nichtöffentlichkeit oder gegen die Öffentlichkeit entsprechend verstoßen. Erstmal soweit vielen Dank, soweit die einleitenden Worte, und dann darf ich übergeben an den Herrn Sebacher von der Firma KPMG.

Herr Sebacher: Vielen Dank, Herr Bürgermeister. Wir dürfen Sie sehr herzlich begrüßen. Wir haben eine kurze Präsentation vorbereitet, die wir im Hintergrund an die Wand werfen, wenn es soweit klappt, und anhand derer werden wir Ihnen die wesentlichen relevanten Informationen, soweit zugänglich bzw. nicht personenbezogen oder vertraulich, vorführen und erläutern.

Ich darf zunächst kurz auf den Prüfungsauftrag und die Durchführung eingehen, dann die wirtschaftliche Situation und Handlungsempfehlungen darstellen, auf den wichtigen Punkt überleiten, Entscheidungen durch den Stadtrat und zum Ende auf den nichtöffentlichen Teil überleiten, in den Bereich Verschwiegenheit. Nach einer kurzen kleinen Unterbrechung (Laptop wurde getauscht) geht es weiter. Wir wurden beauftragt, insbesondere, weil im Zuge des Haushaltsplans 2014 wesentliche Fragen bis zum 30.07.2014 nicht abschließend geklärt werden konnten, für die neuen Fragen oder aufgetretene offenen Fragen, soweit als möglich die Informationen aufzubereiten darzustellen und zu vermitteln. Zielsetzung unserer Beauftragung war es, Transparenz zu verbessern und die aktuelle Sachlage zu dokumentieren, eine Bestandsaufnahme durchzuführen und eine Beurteilung vorzunehmen, so-

weit erforderlich Empfehlungen zu unterbreiten.

Gegenstand unserer Beauftragung war die Analyse der wirtschaftlichen, finanziellen Ist-Situation des Auftraggebers, einschließlich der wesentlichen Gesellschaften, die Analyse des internen Kontrollsystems zur Erstellung der konsolidierten Jahresabschlüsse bis zum Erlass der Haushaltssatzung, eben genau aus diesem Blickwinkel heraus, die wesentlichen Risiken bzw. Situation darzustellen, eine Risikoanalyse der Zinswährungsswaps durchzuführen, eine Revision von größeren Investitionen sowie die Ableitung und Handlungsempfehlungen an Schlusspräsentation und Berichterstattung. Während der Durchführung wurden wir vom ersten Bürgermeister und den Stadträten gebeten, die zitierten Fragen und Sachverhalte weiter zu berücksichtigen und zu klären, die Eingang gefunden haben in unseren Prüfungsbericht und da auch dokumentiert sind. Wir weisen darauf hin, dass wir für heute, für den öffentlichen Teil von der beruflichen Pflicht zur Verschwiegenheit entbunden wurden, die relevanten Informationen – soweit nicht mit einem Konflikt mit dem Verschwiegenheitsanforderungen einhergehend – darzustellen. Zum Berufsbild des Wirtschaftsprüfers gehört es, in derartigen Situationen Transparenz zu vermitteln, Risiken darzustellen, aber auch Perspektiven aufzuzeigen. Wir kommen um aufzurechnen, nicht um abzurechnen. Was wir darstellen, sind die Ist Zahlen der Stadt und der Tochtergesellschaften, und nicht unsere Zahlen.

Der Blick richtet sich nach vorne, insbesondere auch unter der Perspektive und Betrachtung einer langfristigen Betrachtung eines langfristigen Zeithorizontes. Uns freut es immer auch persönlich, wenn die von uns pflichtgemäß aufgezeigten Maximalrisiken nicht vollumfänglich zu tragen kommen. Mein persönlich gewonnener Eindruck von der Arbeit der Vertreter der Stadt ist der, dass sich alle Beteiligten aktiv der Situation stellen und nach Lösungsansätzen suchen. Ich sehe die Stadt Burglengenfeld damit auf einem guten Weg. Auf der Folie haben wir dargestellt, damit auch Leute, die nicht unbedingt mit der Anlage 4 der Haushaltssatzung tagtäglich zu tun haben, nochmal einen kurzen Überblick vermittelt bekommen, wie die Finanzplanung der Stadt aufgebaut bzw. dargestellt wird. Wir haben eine fünfjährige Finanzplanung, das heißt, das laufende Jahr, was im aktuellen Haushalt plus eine Betrachtung in die Zukunft von zwei bis fünf Jahren. Keine unendliche Betrachtung, auch nicht die Zeiträume, die nach dem sechsten Jahr bzw. unter der Brille heraus, bis zum betrieblichen Ende der Nutzungsdauer der Bulmare GmbH betreffen. Dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit in der Kommune werden hier anhand der groben Einnahme- und Ausgabeproggnose dargestellt, bestehend aus Finanzplanung und Investitionsprogramm. Diese Planung ist rollierend durchzuführen d.h. mit jedem Folgejahr wird diese Planung aktualisiert, an die aktuellen Rahmenbedingungen, Gegebenheiten angepasst bzw. neue Verpflichtungen berücksichtigt, und hierbei werden auch, soweit eingeplant und berücksichtigt, Ausgaben für Tochter- und Enkelunternehmen im Planungszeitraum berücksichtigt. Neben diesem Finanzplan als wesentliche Betrachtung und Perspektive gibt es diesen Vorbericht, genannt Vorbericht zum Haushaltsplan, dieser gibt Auskünfte über wesentliche Aspekte der Finanzlage, die nicht im eigentlichen Haushaltplan stehen. Das heißt, über diese Art der Berichterstattung ist es möglich, Transparenz darzulegen, in verbaler Form auf Risiken aufmerksam zu machen und auch auf Betrachtungszeiträume, die nach diesen fünf Jahren liegen, hinzuweisen. Dabei ist eine kritische Bewertung der finanziellen Entwicklung aus Sicht der Verwaltung vorzunehmen und insbesondere in unserer gegebenen Situation auch geboten, auf Tochter- und Enkelunternehmen einzugehen und hierbei diese Zahlungsverpflichtungen, die in der Zukunft anstehen und auch anstehen werden,

mit schon fast angrenzender Sicherheit, nur die Betragshöhe ist noch offen, dies sollte entsprechend dargestellt werden.

Ich habe es vorne eingehend erwähnt, dass wir auf Maximalrisiken hinweisen, dies haben wir pflichtgemäß getan. Wir haben einen langfristigen Planungszeitraum zugrunde gelegt, soweit er von uns diesbezüglich prognostiziert werden konnte, und wir haben auf Risiken in unserem Prüfungsbericht hingewiesen, hierzu ist insbesondere zu erwähnen die nachhaltige Verlustsituation der Bulmare GmbH. Es ist nicht damit zu rechnen, dass während der Laufzeit Erträge erwirtschaftet werden, d.h. zu einem Jahresüberschuss führen werden. Es sind Jahresfehlbeträge über die betriebliche Nutzungsdauer zu berücksichtigen. Diese Information hat eine wesentliche Grundlage und Würdigungsstaffel, inwieweit hierauf durch die Stadträte entsprechende Entschlüsse gefasst werden können und damit auch Eingang finden können in die Finanzplanung. Wir haben bislang keinen Tilgungsplan bzw. einen Entschuldungszeitraum vorgefunden über die Nutzungsdauer der Bulmare GmbH, d.h.: Sie betreiben ein Bad wohl wissend, dass mit einer Nutzungsdauer am Ende des Tages den Bürgern dieser Stadt kein Bad mehr zur Nutzung/Verfügung stehen wird, gleichwohl aber, wenn die Entschuldung nicht bis zum Ende durchgeführt wird, die finanziellen Lasten noch aufgebürdet sind. Und wenn wir die Betrachtung von unserer Generation über eine Nutzungsdauer noch von 24 Jahren zugrunde legen, dann wird mit Sicherheit die nächste Generation mit dieser Situation konfrontiert werden und diese Art der Information und Kommunikation sollte möglichst frühzeitig gesucht werden bzw. noch besser, Eingang finden in die Entscheidung, eine Entschuldung und Tilgung herbeizuführen. Je früher mit Zahllasten umgegangen wird, je früher dieser Verpflichtung begegnet wird, umso leichter wird es, über die Nutzungsdauer auch zu einer vollständigen Entschuldung und Rückführung sämtlicher Verpflichtungen zu führen. Je länger Sie warten, umso höher wird der Betrag werden, diese Verbindlichkeiten und Zahllasten letztendlich zu tilgen und auf null zurückzuführen. Wir haben in unseren Prüfungsbericht auf Währungsrisiken hingewiesen, den Schweizer Darlehen, diese Risiken denke ich sind aufgrund der öffentlichen Diskussion und auf Grund geführten Gespräche in der Öffentlichkeit hinreichend bekannt. Diese Risiken bestehen unverändert fort. Die Entscheidung der einzelnen Verantwortlichen mag durchaus hier in der Situation sein, dass Erträge im Hinterkopf sind, ob diese Erträge in der Zukunft eintreten werden, kann hier keiner sagen. Diese Risiken bestehen unverändert. Sie haben Zinsänderungsgeschäfte getätigt, hierzu haben Sie einen Dienstleister, der Sie professionell unterstützt. Bei den Zinssicherungsgeschäften muss berücksichtigt werden, dass es keinen perfekten Hedge gibt, d.h. auch hier bestehen unverändert über die Laufzeit und über Betrachtung Risiken, die Eingang finden sollten in Ihr Risikomanagement und damit auch in Ihr Finanzmanagement und Beteiligungscontrolling, um hierauf aufzusetzen und zu reagieren. Klar, wenn Sie keine Darlehen oder Fremdwährungsverbindlichkeiten haben, benötigen Sie auch keine Zinssicherungsgeschäfte. Aber das ist eine Situation, die hier so alltäglich oder bzw. so klar ist, dass man darüber nicht nachdenken braucht. Wie gesagt, wir empfehlen Ihnen eine nachhaltige Überwachung mit den entsprechenden Maßnahmen und für die zukünftige Berichterstattung gegenüber ihren Bürgern auch auf diese Risiken in den Vorberichten zum Haushaltsplan einzugehen und diese klar und entsprechend der Wahrheit zu versehen, darzustellen und hierauf einzugehen.

Auf der nächsten Seite haben wir den Schuldenstand der Verbindlichkeiten aufbereitet per 31.12.2013. Insbesondere sind hier zu erwähnen die Stadt mit 18,7 Mio. €, SWB mit 13,8 Mio. € und der Großteil der Verbindlichkeiten mit 23,5 Mio. € der Bul-

mare GmbH, Stadtbau mit 1.9 Mio. € bzw. PSB mit 37.000,00 €. Ergibt in Summe einen Betrag mit ungefähr 58 Mio. €. Diese Zahlen entstammen dem Haushaltsplan bzw. aus den geprüften und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschlüssen der jeweiligen Gesellschaften. Da zum Stichtag bewertet wurde, haben wir für unsere Analyse, weil sie ja nicht vergangenheitsorientiert, sondern in die Zukunft betrachtet, auf Risiken reagieren wollen, auch bekannte Risiken berücksichtigt in Form von Rückzahlungsverpflichtungen durch veränderte Wechselkurse. Diese Beträge haben wir mit den Stichtag 29.01.2015, nach den veränderten Rahmenbedingungen auf den Währungskursen, berücksichtigt und auf Grund der Höhe der Fremdwährungsdarlehen und der veränderten Situation ergibt dies ein zusätzlichen Rückzahlungsbetrag von ungefähr 4,5 Mio. €. Auf der Betrachtungsweise der kumulierten Fehlbeträge der Bulmare GmbH haben wir keine Anzeigen bzw. Information erhalten, dass hier noch zusätzliche Zahlungsabflüsse zu erwarten sind. Sodass bei der Betrachtung in die Zukunft der Barwert der zukünftig zu tragenden Verluste zu berücksichtigen ist. Hierbei kamen wir nach unserer Ermittlung bzw. Berücksichtigung der relevanten Zahlen auf Basis des Jahresfehlbetrages unter Eliminierung von Sondereffekten und Abzinsung auf einen Betrag von 25,6 Mio. €.

Davon wird ein Teil zahlungswirksam werden, sicher zahlungswirksam werden in Höhe von 12,4 Mio. €. Selbstverständlich haben wir hierbei die Planzahlenpassungen bzw. die Auswirkungen aus den Erhöhungen der Personalkosten zum 01.01.2015 in Höhe von 200.000,00 € bei per annum durchschnittlich berücksichtigt. Diese Zahl wird Zukünftig auch zu entsprechenden Zahlungen und damit auch Verlusten bzw. zu Belastungen führen. In Summe kommen wir dadurch zu einem Betrag von ungefähr 75 Mio. €. An dieser Situation bzw. auf dieser Basis kommen wir mit unserer Empfehlung, die Information für Sie kritisch zu reflektieren. Ich habe gehört, aus den Pressemitteilungen entnommen, dass alle hinter der Fortführung und Aufrechterhaltung des Badbetriebes stehen, zumindest so waren die Verlautbarungen in der Presse eindeutig, diese Verlautbarung sollten mit der entsprechenden Festlegung der Entschuldung und Unterlegung, Untermauerung, klare Tilgungspläne auch über die Nutzungsdauer oder gerade über die Nutzungsdauer verankert werden. Wenn der Weiterbetrieb des Bades nicht nur als kurzfristige Maßnahme gesehen werden soll, sondern nachhaltig und nicht jedes Jahr jährlich, weil Verluste anfallen, diskutiert werden sollen. Ich wohne selber in einer Gemeinde, wo hier über eine Schließung eines Bades diskutiert wird und betrachtet wird, und auch hier muss man sich klar stellen und mit der Frage auch konfrontiert sehen: Wie geht man mit Verlusten um und kann sich eine Gemeinde diese Verluste leisten? Ja, wenn, und dieses wenn muss beantwortet werden und auch dargelegt werden in der Finanzplanung und mit der Verankerung im Vorbericht. Mit der Entscheidung durch den Stadtrat geht eine zweite Entscheidung einher, nämlich mit der Finanzierung, wie soll diese Art der klaren Unterstützung des Bades auch in der Finanzplanung in der Haushaltsplanung der Stadt verankert werden und wie soll die langfristige Einplanung hier aussehen? Das sind Zahlen die hier zugrunde gelegt werden und auch durchgerechnet werden müssen und unter den gegebenen Rahmenbedingungen, unter den gegebenen Prämissen und Annahmen.

Wichtig ist hier auch die Entscheidung über die Währungssituation. Jeder einzelne sollte sich die Frage stellen, können weitere Währungsverluste gegenüber den Bürgern vertreten werden? Es gibt den Grundsatz § 61 Abs. 3 der Bayerischen Gemeindeordnung zur Sparsamkeit- zur Wirtschaftlichkeit zur entsprechenden Risiko- also Grundhaltung. An dieser Stelle weise ich darauf hin. Hieraus leiten sich die Empfeh-

lungen, die Darstellung, Darstellbarkeit der Tilgungsverlauf und die Auswirkungen auf den Haushalt sind abschließend zu ermitteln. Hier wird bereits durch die Stadtkämmerin gearbeitet bzw. die nächsten Tage intensiv gearbeitet werden, sodass ein Vorschlag, soweit ich weiß, Anfang nächsten Monats auch für die entsprechenden weiterführenden Diskussionen zu Verfügung stehen werden, Einfluss in die Finanzplanung, verhandeln im Vorbericht, fortlaufende Überwachung, auch ein wichtiger Grund, um die Nachhaltigkeit sicherzustellen, mit der entsprechenden Verzahnung im Risikomanagement, im Kontrollsystem und im Beteiligungswesen. Am Ende die Umsetzung des angefangenen Projekts, Umstellung auf Doppik. An dieser Stelle weiß ich auf unsere Verschwiegenheitsverpflichtung hin. Insbesondere, soweit Datenschutzgründe bzw. personenbezogene Daten betroffen sind, sind wir zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Ich war mehr als erstaunt, als ich hier ein Schreiben bekommen habe, wo wir als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft von einer Anwaltskanzlei aufgefordert wurden, hier an unsere Verschwiegenheitspflicht nochmal zu erinnern. Das finde ich eine, mehr als eine erstaunliche Situation, dass wir hier als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft von einzelnen Leuten, die selber Ihrer Verpflichtung zur Verschwiegenheit nicht nachgekommen sind, ermahnt wurden. Unser Auftraggeber, wurde Öffentlichkeit in der gebotenen Form sachlich Unterrichten. Ich bitte Sie also, dieses Thema mit den Zahlen mehr auf eine konstruktive Situation zurückzuführen und weniger auf eine emotionale Darstellung in der Presse, sodass ich mich persönlich fragen musste, in wieweit hier Stimmung gemacht wird, emotional das Wort ergriffen wird und gegebenenfalls hier auch Sachverhalte, die objektiv darstellbar sind, aber die diskutiert werden, in Misskredit gebracht werden sollen. An dieser Stelle möchte ich meinen öffentlichen Teil beenden und im Nachgang zur nichtöffentlichen Diskussionsrunde einladen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Bürgermeister Gesche: Vielen Dank Herr Sebacher. Wie Herr Sebacher schon sagte: Das war der öffentliche Bericht, den wir hier im öffentlichen Teil von Seiten der Firma KPMG liefern können, unter den rechtlichen Voraussetzungen. Nun sind Statements möglich oder Fragen zum Bericht oder zur Gesamtrevision. Einen Hinweis an dieser Stelle: Bitte Ihr Mikrofon einschalten, da wir ja ein Wortprotokoll erstellen. Danke.

Stadtrat Bösl: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Sebacher, Herr Scheckenhofer und Herr Dr. Döbler. Von unserer Seite nochmal herzlichen Dank, dass Sie zu uns gekommen sind und sich hier den Fragen stellen. Ich hoffe, Sie haben auch ein bisschen Zeit mitgebracht, denn ich nehme an, dass das wahrscheinlich auch etwas Zeit in Anspruch nehmen wird. Meine erste Frage bezieht sich gleich auf die Seite 1 des Gutachtens. Dort ist zu lesen, was Gegenstand Ihrer Beauftragung war. Sie haben es auch gerade nochmal kurz vorgestellt. Meine Frage dazu ist, ob zu diesem Auftrag auch gehörte, dass Sie politische Wertungen vornehmen?

Herr Sebacher: Inwiefern politische Bewertungen?

Stadtrat Bösl: Politische Wertungen, abseits von juristischen, abseits von betriebswirtschaftlichen, von volkswirtschaftlichen Wertungen. War das Ihr Auftrag? Ja oder nein?

Herr Sebacher: Nein, war nicht der Auftrag.

Herr Bösl: Bitte schauen Sie auf Seite 74 ganz oben. Dort steht, die CSU-Fraktion verlangte mit Schreiben vom soundsovielten eine Nachprüfung des Beschlusses des Bauausschusses und so weiter und so fort. Auf Seite 75 ist zu lesen: Im Beschluss laufende Nr. 681 stellt ein Stadtrat fest, dass er den ersten Bürgermeister aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit in einem Notariat bei der Bewertung einer Immobilie vertraue. Außerdem äußerte er völliges Unverständnis für den von der CSU-Fraktion geforderten maximalen Kaufpreis von 300.000,00 €. Seite 83: Eine Aufstellung der Barmehrkosten erfolgte erst, nachdem eine schriftliche Anfrage des Fraktionsvorsitzenden des BFB an den 1. Bürgermeister gestellt wurde. Es gibt noch mehrere Beispiele, insgesamt ist das Verhalten der CSU-Fraktion siebenmal dokumentiert, das Verhalten der BFB-Fraktion sechsmal. Bei diesem Hintergrund frage ich Sie nochmal: War das ein Auftrag, politische Wertungen vorzunehmen?

Bürgermeister Gesche: Werte Kollegen, ich darf um Ruhe bitten, das Wort hat Herr Bösl und danach Herr Sebacher!

Herr Sebacher: Ich verweise hier, da wir uns in einem Bereich bewegen, der dem nichtöffentlichen Teil unterliegt, dass wir das im Nachgang nach der öffentlichen Sitzung vornehmen.

Stadtrat Bösl: Sie haben ja gerade schon die Antwort gegeben. Wenn ich das Gutachten lese, dann lese ich an mehreren Stellen, dass die CSU-Fraktion und die BFB-Fraktion quasi wie die Chefermittler hier aufgetreten sind und auch erst auf deren Nachfragen und erst auf deren Anträge sind Zahlen, sind Informationen geflossen. Warum kann man in dem Gutachten, das ja neutral sein soll, nicht schreiben „aus den Reihen des Stadtrates“? Wir sind ein Kollegialorgan, da spielen diese Fragen eigentlich keine Rolle.

Herr Sebacher: Herr Bösl, an dieser Stelle, Sie hatten einen Entwurf, wenn Sie diese Art von Information neutralisiert gesehen hätten wollen, hätten Sie es uns das vor zwei Wochen zugestellt, dann hätten wir es auch neutral dargestellt. Wir haben uns im Ist-Zustand bewegt und auf solche Informationen hätte ich auf der Entwurfsbasis sehr gerne von Ihnen Informationen erhalten.

Bürgermeister Gesche: Wir ergänzen hierzu, was hier dargestellt ist, wenn man hier auf einzelne Fraktionen Bezug nimmt, der Realität entspricht. Es wurden von Seiten der SPD keine kritischen Fragen gestellt, die hier zitiert werden könnten.

Stadtrat Bösl: Warum wird dann der eine Stadtrat nicht genannt, der die CSU kritisiert hat?

Bürgermeister Gesche: Das ist vielleicht ein Schutz für den einen Stadtrat, wenn Sie die Äußerung anschauen, aber wie gesagt, das betrifft den nichtöffentlichen Teil.

Stadtrat Bösl: Also, politische Wertungen: Nein.

Bürgermeister Gesche: Nein, genau.

Stadtrat Bösl: Ok. Dann weiter Seite eins. Gegenstand Ihrer Beauftragung war, die Analyse der wirtschaftlichen, finanziellen Ist-Situation. Gehört zur wirtschaftlichen

und finanziellen Ist-Situation nicht auch die Aktivseite, unabhängig davon, wie man dieses Aktivvermögen dann bewertet. Es gibt ein neues Flugblatt einer Gruppierung in diesem Stadtrat, das meiner Meinung nach utopische Zahlen in den Raum wirft, was das Aktivvermögen betrifft. Aber ganz ignorieren geht doch eigentlich auch nicht, oder?

Herr Sebacher: Die Aktivposition wird insbesondere dann relevant, wenn die Finanzplanungen bzw. die Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen auf absehbare Zeit nicht möglich ist und Sie hier Tafelsilber versilbern sollten oder müssten. Diese Zahlen liegen insoweit vor, wie der Bürgermeister eingangs erwähnt hat, ist dies Gegenstand eines laufenden bzw. eines anderen Auftrags, so dass hier Doppelarbeiten vermieden wurden.

Bürgermeister Gesche: Ich darf vielleicht noch eins ergänzen hierzu, es ist vollkommen richtig, was Herr Sebacher sagt, und ich hab es eingangs auch schon erwähnt, dass Aktivvermögen wurde hier nicht extra als Auftrag an die Firma KPMG erteilt, weil hier eine andere Firma bereits tätig ist und seit mehreren Jahren dies prüft. Der Stand zum 31.12.2013 liegt bei rund 39 Mio. € Aktivvermögen, nur da muss man auch sehen, dass man eine Schule nicht verkaufen kann, einen Kindergarten nicht verkaufen kann. Also Aktivvermögen sagt mir, welchen Reparatur-, welchen Unterhaltsbedarf ich in der Zukunft habe, aber wir haben hier kein Aktivvermögen in dem Sinn, dass wir hier etwas veräußern und Werte erzielen könnten. Ich denke, sowas wie Public- Private-Partnership z.B. sollte für eine seriöse Stadt oder seriöse Stadtfiananzierung auch nicht in Frage kommen. Aktivseite ist wichtig und deshalb habe ich auch verstärkt den Auftrag gegeben, dies jetzt fertig zu stellen. Endlich auch diesen doppelischen Ansatz umzusetzen und uns den aktuellsten Stand zum 31.12.2014 zu liefern, den wir in Kürze haben werden. Was lange überfällig ist, aus meiner Sicht, seit Jahren.

Stadtrat Bösl: Nochmal die Frage, Herr Sebacher, die wirtschaftliche Ist-Situation der Stadt, dazu gehört nach Ihrer Meinung nicht die Aktivseite. Ist das richtig?

Herr Sebacher: Aktiva, Passiva sollten ausgeglichen sein, entsprechend in der Bilanz, so wie schon der Name sagt.

Stadtrat Bösl: Gut, das werde ich mal als ja, dann muss ich aber feststellen, dass Sie Ihren Untersuchungsauftrag nicht erfüllt haben. Das zu diesem Punkt. Seite zwei.

Herr Sebacher: Sie wünschen, wir sind natürlich sehr gerne in der Lage und unterbreiten hier ein diesbezügliches Angebot, die Vermögenswerte über unseren Ursprünglichen Prüfungsauftrag hinaus zu unterbreiten.

Stadtrat Bösl: Ja, mir geht es um die Formulierung wirtschaftlicher und finanzieller Ist-Zustand der Stadt. Und dafür, dazu gehört meiner Meinung auch die Aktivseite, die fehlt in dem Gutachten.

Bürgermeister Gesche: Ich möchte nochmal eins ergänzen und möchte Sie gar nicht in Ihren Fragen unterbrechen, aber einfach einen Punkt hier ergänzen. Alle Parteien, die für den Kassensturz gestimmt haben, waren in einer Vorbesprechung mit KPMG beteiligt und hier hat niemand ein einziges Wort von Aktivvermögen gesagt, auch Sie nicht.

Stadtrat Bösl: Ich glaube, da sagt der Herr Deml, der Kollege Deml dann noch was dazu, was diese Besprechung betrifft. Gut, sei es drum. Seite 2. Es geht um die Untersuchung der dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt. Ich finde aber im ganzen Gutachten keine Aussage, ob die Stadt nun dauerhaft leistungsfähig ist oder nicht. Ist sie das?

Herr Sebacher: Ich verweise auf Kapitel vier und hier auf den nichtöffentlichen Teil.

Stadtrat Bösl: Achso, ob die Stadt dauerhaft leistungsfähig ist oder nicht, Herr Sebacher, das ist durchaus eine Frage, die die Öffentlichkeit auch was angeht. Wir diskutieren jedes Jahr einen Haushalt und da geht es auch um die Frage, ob die Stadt dauerhaft leistungsfähig ist oder nicht. Ist die Stadt dauerhaft leistungsfähig oder nicht?

Herr Sebacher: Wir haben auf Risiken hingewiesen, die erhebliches Risikopotenzial beinhalten, dass Sie dauernde Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung der Entschuldung für die Bulmare GmbH hier vorliegen.

Stadtrat Bösl: Darf ich das als nein werten?

Herr Sebacher: Dass hängt davon ab, bis wann Sie die Bulmare GmbH entschulden wollen. Wenn Sie dies auf einen Planungshorizont von 100 Jahren strecken, dann sag ich ja, ohne Risiko oder fast ohne Risiko. Wenn Sie sagen, Sie wollen über die betriebliche Nutzungsdauer hier agieren, dann haben Sie erhebliche Aufwendung zu leisten, Ausgaben zu stemmen, die Sie entweder durch Entscheidung des Stadtrats beeinflussen können, nämlich Erhöhung der Einnahmensituation, soweit in Ihren Möglichkeiten, oder durch Ausgabenkürzung, auch soweit in Ihrem Entscheidungsumfang möglich.

Stadtrat Bösl: Gut, Seite 5 und Seite 28. Da gibt es eine kleine Übersicht zur Entschuldungsdauer und in dieser Tabelle ist so quasi in der letzten Spalte die Entschuldungsdauer dargestellt, wenn die Zinsen um drei Prozentpunkte steigen sollten. Da ist die Entschuldungsdauer unendlich. Das müssen Sie mir erklären, was bedeutet unendlich, unendlich in Wortsinne, nie? Das heißt, die Stadt Burglengenfeld wird sich auch im Jahr 6000 nicht entschulden können?

Herr Sebacher: Diese Darstellung zielt dazu ab, auf Risiken hinzuweisen, nämlich die Einflüsse von zukünftigen Marktgegebenheiten frühzeitig zu berücksichtigen. Eine Annuität kann dazu verwendet werden, entweder zur Zinsbedienung oder zur Tilgung, je nach Veränderung der Rahmenbedingungen wird entsprechend über die Annuität ein Tilgungsanteil geleistet oder nicht. D.h., bei einem überproportionalen Anstieg und einem übergroßen Umfang stehen keine freien Mittel hier zur Verfügung, sodass die Situation ins Negative kippt, d.h., die Annuität reicht nicht einmal aus, um eine entsprechende Zinszahlung zu leisten. D.h., hier müssten Verbindlichkeiten aufgenommen werden, um die aktuelle Haushaltssituation in Einklang zu bringen.

Stadtrat Bösl: Aber immer unter den Vorbehalt ceteris paribus, also wenn wir jetzt davon ausgehen, es bleibt so wie jetzt.

Herr Sebacher: Immer ceteris paribus und in den Rahmenbedingungen. D.h., es ist

eine vereinfachte Darstellung der Ist-Situation bzw. mit der Hochrechnung und Betrachtung. Auch hier dient dies zur Untermauerung, eine schnelle, über die Nutzungsdauer des Bades angestrebte Entschuldung zu erzielen, sodass hieraus keine weiteren Risiken erwachsen.

Stadtrat Bösl: Also es ist dann doch möglich, dass wir uns im Jahr 6000 oder im Jahr 7000, da sind wir noch weit weg von der Unendlichkeit, entschulden.

Herr Sebacher: Ich hoffe, dass Sie sich früher, hier mit den Entschuldungen, nichts mehr zu tun haben.

Stadtrat Bösl: Ich hoffe es, ja. Ist in dieser Tabelle denn die Zinssicherung durch die Magral mit eingerechnet oder nicht?

Herr Sebacher: Die Zinssicherung von Magral ist hier bewusst ausgeschlossen, um hier die Komplexität nicht weiter zu erhöhen, bzw. diese Art der Zinssicherung und Zinsberücksichtigung wird zukünftig beim Aufbau des Risikomanagements und Kontrollsystems durch die Stadtkämmerin zu leisten sein und Ihnen gegenüber im Stadtrat dann auch die Risikoposition darstellen.

Stadtrat Bösl: Die Komplexität. Meinen Sie, dass die Stadträte zu dumm sind, das zu verstehen? Oder was meinen Sie mit Komplexität?

Herr Sebacher: Mit Komplexität meine ich, dass hier kein zeitlicher Aufwand investiert werden muss, um in Aufwendungen und Rechnungen zu investieren, die am Ende des Tages neben der Darstellung qualitativer Art keine betragsmäßigen Werte liefert, die hier an Einfluss haben. Die Botschaft, entsprechende Hinweise, Risikoreduzierung durch Tilgung, ist hier vermittelt worden.

Stadtrat Bösl: Das bedeutet aber auch, dass die Tabelle falsch ist, wenn die Zinssicherung durch die Magral nicht eingerechnet worden ist.

Herr Sebacher: Die Tabelle ist nicht falsch, wir haben über die Tabelle auf Seite 28 explizit darauf hingewiesen. Im Übrigen verweise ich auf das Gutachten von Prof. Ratgeber, der in seinen eigenen Zinssituationen, Zinsrisiko, keine abschließende qualifizierte betragsmäßige Rechnung bis zum Ende durchgeführt hat.

Stadtrat Bösl: Ja. Aber wir können uns dann an dieser Berechnung auch nicht orientieren. Da steht jetzt irgendwann 316 Jahre der Entschuldungsdauer, das ist eine Zahl, die ist sehr hoch, die macht Angst. Aber eine wirkliche Grundlage für eine Entscheidung können wir aus dieser Tabelle nicht sehen, weil die Zahlen ja offensichtlich falsch sind.

Herr Sebacher: Die Zahlen sind nicht falsch, Sie haben eine Grundlage in Ihrem aufzustellenden Finanzplan unter den gegebenen Rahmenbedingungen, wie Sie mit der Bulmare GmbH mit der Entschuldung und daraus abgeleitet Zeithorizonte zu stellen.

Bürgermeister Gesche: Ich darf dazu noch eins ergänzen, das wurde bereits angesprochen, das darf man vielleicht nicht vergessen, es gibt diesen sogenannten perfekten Hedge, nicht, trotz dieser Absicherung durch die Firma M, d.h., dass ein Restzinsrisiko nach wie vor bestehen bleibt, d.h., ein Zinsrisiko ist nicht gänzlich ausge-

geschlossen und deshalb ist das auch hier aufgeführt.

Stadtrat Bösl: Ok. Seite 6. Ganz wichtige Stelle in dem Gutachten aus meiner Sicht, aus unserer Sicht. Es geht um die Fremdwährungsdarlehen, es gibt in Burglengenfeld die B. GmbH, die hat sowas, und Sie schreiben, durch die CHF-Fremdwährungsdarlehen sind Verluste in Millionenhöhe eingetreten, wie sie in den Jahresabschlüssen des Kommunalunternehmens sowie der Tochtergesellschaften abgebildet sind. Herr Sebacher, vor dem Hintergrund, Sie wissen, dass diese Frage einer der ganz, ganz entscheidender Punkte ist. Einer der ganz, ganz entscheidenden Punkte, wie sich diese Stadt weiter entwickelt. Der Satz hier ist ausreichend. Ich hätte es dann doch etwas, gerne etwas konkreter. Sie haben beim letzten Mal auf Nachfrage gesagt, die Verluste sind realisiert. Vor dem Hintergrund, dass Sie wissen, welche hohen Wellen Ihr Gutachten hier in Burglengenfeld geschlagen hat, bleiben Sie bei Ihrer Aussage, dass die Verluste realisiert sind? Oder werden sie erst realisiert, wenn wir in €-Kredite umwandeln?

Herr Sebacher: Ich habe gesagt, dass die Auswirkungen und damit die Währungsverluste im Jahresabschluss abgebildet sind.

Stadtrat Bösl: Beim letzten Mal haben Sie auf Nachfrage ganz klar gesagt: Jawohl, die Verluste sind realisiert. Bleiben Sie bei dieser Aussage?

Herr Sebacher: Ich habe gesagt, soweit ich mich erinnern kann, sind im Jahresabschluss abgebildet.

Stadtrat Bösl: Und auf Nachfragen, es ist realisiert. Auf Nachfragen haben Sie gesagt, sie sind realisiert. Bleiben Sie bei dieser Aussage?

Herr Sebacher: Wenn Sie unter realisiert dahingehend verstehen, dass im Jahresabschluss abgebildet sind, Eingang in die Bücher gefunden haben, kann ich Ihrer Äußerung folgen.

Stadtrat Bösl: Nein, ich meine schon, ob der Stadt jetzt schon ein Schaden, in Anführungszeichen, mir ist durchaus bewusst, dass dieser Begriff äußerst umstritten ist, dass er strafrechtlich anders definiert wird, wie im Zivilrecht usw. und so fort. Ist der Stadt ein Schaden entstanden? Ja oder nein?

Herr Sebacher: Sie meinen, ob Sie durch das Beibehalten der Währungsgeschäfte sich die Option auf zukünftige Währungskursgewinne aufrechterhalten können?

Stadtrat Bösl: Nein, ich meine einfach, ob Sie mir nicht einfach mit ja oder nein antworten können. Oder kann man nicht definieren, kann man es nicht sagen. Können Sie auch. Sind die Verluste realisiert? Ja oder nein?

Herr Sebacher: Die Währungsverluste sind in den Jahresabschlüssen der Gesellschaften abgebildet.

Stadtrat Bösl: Gut. Beim letzten Mal haben Sie gesagt: „Sie sind realisiert.“ Ich gehe davon aus, dass Sie diese Aussage nicht aufrechterhalten, und dass die Verluste nicht realisiert sind. Gut. Gleiche Seite, weiter unten, warum die Fremdwährungsdarlehen nicht in Eurodarlehen umgewandelt wurden, als die Schweizer Franken sich

stabilisiert und an Wert gewonnen hatten. Zwischenzeitliche Währungskursgewinne konnten wir aus den uns zu Verfügung gestellten Dokumenten nicht erkennen. Wann war denn das der Fall? Wann hat sich der Schweizer Franken so stabilisiert, dass Sie sagen, man hätte aussteigen können.

Herr Sebacher: Das war ungefähr in der Hälfte der Laufzeit, nachdem die Währungsgeschäfte getätigt wurden.

Stadtrat Bösl: Jahreszahl ungefähr? Können Sie uns das ungefähr sagen?

Herr Sebacher: Haben Sie es hinten im Prüfungsbericht nicht gefunden?

Stadtrat Bösl: Nein. Jahreszahl ungefähr. Ich würde gerne jetzt nochmal von Ihnen hören, weil die Zuschauer diesen Prüfungsbericht von Ihnen nicht haben. Und die Bevölkerung wartet ja auch auf eine Antwort. 2011 ungefähr? Kommt das hin? Acht, neun, zehn?

Herr Sebacher: Das war ein Sachverhalt, der offensichtlich nicht so relevant ist für die Gesamtwürdigung, dass wir dies nicht in den Prüfungsbericht aufgenommen haben.

Stadtrat Bösl: Ok, auf Seite 7 schreiben Sie im zweiten Absatz, wenn der Stadtrat die Entscheidung trifft, in den Fremdwährungskrediten zu verbleiben, besteht nach heutiger bayerischer Rechtslage noch keine gesetzlich verankerte Haftung. Wissen Sie da mehr als ich? Als wir? Wie sieht es aus, gesetzlich verankerte Haftung? In Sachsen gibt es sie in der Gemeindeordnung. In Bayern nicht. Mein Draht zur größten Oppositionsfraktion ist zurzeit relativ kurz und da kann ich Ihnen sagen, da denkt man nicht daran, das einzuführen, und bei der Regierungspartei soweit ich weiß auch nicht.

Herr Dr. Döbler: Grüß Gott. Ja, das ist ganz richtig. Es gibt kein verankertes Spekulationsverbot in der Bayerischen Gemeindeordnung. Wie Sie es richtig sagten, ist es in Sachsen schon verankert worden, trotzdem gab es im Zuge der ganzen Schweizer Franken-Umwandlungen neue Geschichte, die neue Möglichkeit, dass das auch in Bayern passieren wird. Es gab auch eine Anfrage der Grünen-Fraktion im Landtag, und es gibt neue Erkenntnisse, und das ist darauf bezogen.

Stadtrat Bösl: Ich kenne die Anfrage des Abgeordneten Mistol aus Regensburg, der hat explizit auf Burglengenfeld bezogen. Mir liegt bis jetzt noch keine Antwort vor, wissen Sie da schon mehr?

Herr Dr. Döbler: Nein, davon wissen wir auch nicht mehr.

Stadtrat Bösl: Gut. Ok. Aber es gibt keine gesetzlich verankerte Haftung. Das noch bedeutet aber nicht, dass Sie sich das wünschen würden, dass es so wäre, oder?

Herr Sebacher: Jetzt sind wir neutral und reagieren nur.

Stadtrat Bösl: Ja, gut. Nächster Absatz, auch wieder ein ganz wichtiger Punkt, der schließt jetzt an, an das, was wir vorher diskutiert haben. Bei einer Entscheidung, Verbleib in den Fremdwährungsdarlehen, ist für die Stadträte zu beachten, dass sie

sich hierfür gegenüber den Bürgern rechtfertigen müssen – keine politische Wertung, nehme ich an – für den Fall, dass künftige, weitere Verluste eintreten. Oberste Maxime sollte der ordentliche Kaufmann sein, der entsprechend dem Vorsichtsprinzip agiert. Hierzu gehört insbesondere, Schaden von der Gemeinde abzuwenden, daher sollte der Stadtrat entsprechend agieren und dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit folgen. Was ist hieraus die Schlussfolgerung? Den ordentlichen Kaufmann, den kenne ich aus der Handels- und Gesellschaftsrechtvorlesung (viertes oder fünftes Semester Jura), da kommt der vor, keiner weiß, das so genau ist oder wer das ist. Was macht denn nun der ordentliche Kaufmann jetzt? Konvertiert er oder nicht? Es ist übrigens der Kollege Glatzl, der fällt öfter auf durch solche Zwischenrufe.

Bürgermeister Gesche: Ich darf das Gremium nochmal bitten, Zwischenrufe allgemein zu unterlassen. Herr Bösl hat das Wort und jetzt Herr Sebacher.

Herr Sebacher: An der Stelle dürfen Sie entscheiden. Wir unterstützen Sie hier. Sie haben die Zahlenbasis. Sie haben die Abschätzung, Sie haben die aktuellen Angebote eingeholt von den Fremdwährungsdarlehen, plus Wechselversicherungen, und auf der Basis dürfen Sie entscheiden und das ist auch Ihre Verantwortung als Stadtrat.

Stadtrat Bösl: Sehen Sie da einen Zusammenhang mit der Frage, die ich Ihnen gerade gestellt habe, mit der Haftung, also konkret gefragt: Ist das Thema Haftung hier in diesen Fall überhaupt eine Frage, die für den Stadtrat virulent wird, oder nicht?

Herr Sebacher: Haftungen entscheiden immer Gerichte und ex post auf einer fundierten Grundlage.

Stadtrat Bösl: Ja, ich lese ja in Ihrem Gutachten auch Ausführungen zur Haftung, ich nehme an, Sie haben sich da auch Gedanken darüber gemacht. Also Szenario eins, die Aufsichtsräte oder der Stadtrat oder der Verwaltungsrat entschließt sich im Schweizer Franken zu bleiben. Haftung ja oder nein?

Herr Sebacher: Was tritt ein?

Stadtrat Bösl: Herr Sebacher, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir das beantworten können. Was tritt ein, wenn wir konvertieren? Oder was tritt ein, wenn wir nicht konvertieren?

Herr Sebacher: Wir reden hier über die Zukunft, über die keiner weiß, was diese bringt.

Bürgermeister Gesche: Wenn uns Herr Sebacher diese Frage beantworten würde, wäre sein Honorar glaube ich etwas höher.

Stadtrat Bösl: Mir ist klar, dass Herr Sebacher hier nicht als Richter engagiert ist, sondern als Gutachter.

Herr Sebacher: Nein, als Prüfer.

Stadtrat Bösl: Als Prüfer, Entschuldigung, natürlich.

Herr Sebacher: Und dementsprechend dürfen Sie entscheiden, auf Basis Ihrer eigenen Willensbildung. Wir haben Ihnen Empfehlungen in einer Anlage unterbreitet und in einer Aufsichtsratssitzung auch entsprechend dargestellt, dass es hier eine sogenannte Business Judgement Rule gibt, wonach Vertreter in entsprechender Aufsichtsperson oder Überwachungsfunktion auf Basis einer fundierten Analyse zur Entscheidungen treffen, nach pflichtgemäßen Ermessen und ausgewogenen Rahmenbedingungen und in solchen Fällen wird keine Haftung für die Aufsichtsperson bzw. Vertreter eintreten. Also an dieser Stelle bitte ich Sie, dies nochmal zu würdigen, und auf Basis der dargelegten Handlungsleitlinien und Rahmenbedingungen sehe ich Sie durchaus in der Lage, zu einer Entscheidung zu finden, wo sie Ihre Anfrage, die Sie gerade an mich gestellt haben, selbstständig beantworten können.

Stadtrat Bösl: Nächste Frage bezieht sich auf Seite 25. Auch ein sehr entschiedener Punkt in Ihrem Gutachten; und ich glaube nicht von irgendeiner Verschwiegenheitspflicht für diese Frage gesperrt. Hier geht es um die freie Spitze. Sie ziehen die Einlage an die Stadtwerke und an die Bulmare von dieser freien Spitze ab und kommen so für das Jahr 2013 zu einer realen Zuführung, ich nehme an das ist die Zuführung von dem Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt, von 9000,00 €. Warum ziehen Sie die ab? Sehen Sie diese 2,3 Mio. € als Position des Verwaltungshaushaltes? Sehe, lese ich das richtig aus dieser Tabelle raus?

Herr Sebacher: Hier haben wir die Residualgrößen dargestellt unter Berücksichtigung zuführend zum Vermögenshaushalt als Basis 2,3 Mio. € bzw. 2.309T € dargestellt, um aus dieser Basis heraus unter Berücksichtigung der bekannten Ausgaben rückzurechnen, unter Berücksichtigung der Mindestzuführung, was in den entsprechenden Tilgungsplänen zu berücksichtigen sind, um hieraus die Residualgröße und damit auch die freie Spitze zu berücksichtigen. Aber an dieser Stelle würde ich sehr gerne das Wort an die Stadtkämmerin weiterleiten.

Stadtrat Bösl: Nein, Herr Sebacher, ich würde gerne Sie fragen, weil meine Frage war eine ganz klare. Nämlich: Sehen Sie diese 2,3 Mio. € als Position des Verwaltungs- oder des Vermögenshaushaltes an. Oder müsste man splitten? Seite 25 oben.

Herr Sebacher: Wir sehen es als Verwaltungshaushalt.

Stadtrat Bösl: Die 2,3 Mio. als Verwaltungshaushalt, also unabhängig davon, was mit den 2,3 Mio. in den Stadtwerken oder der Bulmare GmbH passiert. Wenn in den Stadtwerken von diesen 2,3 Mio. ein € für eine Investition verwendet wird, sehen Sie es trotzdem als Position des Verwaltungshaushaltes und in der Bulmare das gleiche. Von diesen 2,3 Mio. landet ein gewisser Teil beim Bulmare, und wenn mit diesem Geld dann investiert wird, dann ist es trotzdem eine Position des Verwaltungshaushaltes. Ist das richtig?

Herr Sebacher: Ich weiß nicht, was sonstige Tätigkeiten oder Zahlungen oder Maßnahmen damit geplant sind. Wir haben die Basis bzw. die Grundlagen der Zahlen nicht hinterfragt.

Stadtrat Bösl: Warum stellen Sie es dann pauschal als Position des Verwaltungshaushaltes dar?

Bürgermeister Gesche: Weil es so im Haushalt abgebildet ist. Die Firma KPMG kann bloß die Zahlen verwenden, die sie von uns bekommt, und so ist es bei uns im Haushalt abgebildet.

Stadtrat Bösl: Also, ich kann mich ja an einiges der letzten sechs Jahre erinnern, aber dass der Bürgermeister Karg eine Zuführung von 9.000,00 € vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt getätigt hat, kann ich mich nicht erinnern.

Bürgermeister Gesche: Ich kann es nur wiederholen, hier sind die Zahlen verwendet, die bei uns im Finanzplan und den Haushaltsplänen abgebildet sind.

Stadtrat Bösl: Ja, das ist schon richtig, aber es kommt ja schon darauf an wo, weil es ist ein Unterschied, ob ich 2,3 Mio. vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt überführe, oder ob ich 9.000,00 € überführe. Sagt einiges über die Finanzkraft der Stadt aus.

Stadtrat Gruber: Diese Diskussion war schon häufiger im Haushalt. Diese 2,3 Mio. € wurden ganz einfach für Verwaltungsdinge verwendet. Davon gingen ca. 1,1 Mio. € in den Bauhof, und keiner braucht mir erzählen, dass der Bauhof eine Investition war, sondern der Bauhof war Bezahlung der Bauhofarbeiter und waren letztendlich Bauhofmittel, die dadurch bezahlt wurden, das heißt, wäre der Bauhof innerhalb des Haushaltes gewesen, dann wäre das selbstverständlich Verwaltungshaushalt gewesen. Selbstverständlich. Das heißt also, es wurde über den, ich sage mal, über den Trick, das in den Vermögenshaushalt zu geben, wurden Verwaltungsmittel, die nicht für Investitionen gedacht waren, sondern die wirklich ausschließlich zum Betrieb und zum laufenden Unterhalt gedacht waren, wurden über den Verwaltungshaushalt verschoben damit die Mindestzuführung erreicht werden konnte, weil sonst die Mindestzuführung nicht erreicht worden wäre und damit wäre der Haushalt nicht automatisch genehmigt gewesen. Das war der Vorgang und mit Bulmare geht es uns ja ähnlich. Der Großteil der Bulmare-Mittel wurde ja nicht für Tilgung verwendet, sondern der wurde für Zinszahlungen verwendet und wurde für den laufenden Betrieb verwendet. Das heißt, das sind selbstverständlich, Herr Bösl, das sind definitiv Mittel für den laufenden Betrieb, wären eigentlich, wenn sie bei der Stadt wären, im Verwaltungshaushalt abzubilden. Weil sie keine Investitionen darstellen.

Stadtrat Bösl: Wollten Sie das sagen, Herr Sebacher?

Bürgermeister Gesche: Der Herr Sebacher hat die Zahlen verwendet, die wir ihm geliefert haben, aufgrund des Haushaltes und aufgrund des Finanzplanes.

Stadtrat Bösl: Aber sehen Sie diese Argumentation auch so.

Herr Sebacher: Wir bewegen uns hier für die Zahl 2013, wie ich gehört habe, und offensichtlich gibt es unterschiedliche Auffassungen. Ich habe hier keinen Grund, eine gegenteilige oder andere Auffassung zu wollen.

Stadtrat Bösl: Also, Sie schließen sich der Argumentation des Kollegen Gruber an.

Herr Sebacher: Ich kann hier voll folgen.

Stadtrat Bösl: Ja, wenn aber jetzt von diesen 2,3 Mio. € 50 Cent für eine Investition im Bulmare verwendet wurden?

Bürgermeister Gesche: Die Investitionsgrenze für den Vermögenshaushalt liegt bei 250,00 €, also werden uns fünfzig Cent nicht helfen.

Stadtrat Bösl: Es war ja ein symbolischer Betrag. Also: Ich nehme aus dem ganzen mit, Sie halten es auch für eine Position des Verwaltungshaushaltes und die Begründung hat der Kollege Gruber geliefert.

Bürgermeister Gesche: Wir haben eine Wortmeldung der Frau Kämmerin Frieser. Bitte.

Frau Frieser: Zu der Position möchte ich kurz etwas sagen. Zu den 2,3 Mio. €. Es war vorher oder früher so, dass tatsächlich ein Teil im Verwaltungshaushalt verbucht wurde und die Kapitaleinlage, die ausgesprochen für das Bulmare zur Verfügung stand, im Vermögenshaushalt. Auf Grund von gesetzlichen Änderungen im EU-Recht wurde uns dann angeraten, künftig die Stadtwerke mit einer Kapitaleinlage auszustatten, um ihr damit die finanziellen Mittel zu geben, eigenständig ihre Aufgaben erfüllen zu können, um nicht für Leistungen, die der Bauhof erfüllt, irgendwann steuerpflichtig zu werden. Das war eigentlich die Vorgabe, es ist jetzt eine Kapitaleinlage an die Stadtwerke, und damit ist es im Vermögenshaushalt zu verbuchen. Es geben die Zuordnungsvorschriften zur KommHV in der Kameratechnik einfach so her. Kapitaleinlagen sind im Vermögenshaushalt zu verbuchen.

Bürgermeister Gesche: Dankeschön. Herr Bösl bitte.

Stadtrat Bösl: Seite 31. Dieses zweite Viereck steht Währungskursverluste für CHF-Darlehen in Höhe von 1.000.00 € 5743 sowie – und dann kommt nix. Was muss denn da hin? Nach dem sowie?

Herr Sebacher: Das sowie gehört hinter die 11.503.

Stadtrat Bösl: Alles klar, also sowie und dann der zweite Punkt. Alles klar. Dann Seite 34. Im vorletzten Absatz steht etwas, steht da „der Wohlfühlfaktor der Gemeinde Burglengenfeld nicht quantifizierbar ist“. Was ist denn ein Wohlfühlfaktor der Gemeinde?

Herr Sebacher: Das sind Einflussfaktoren, die gegen eine rein wirtschaftliche Entscheidung oder Grundlage sprechen.

Stadtrat Bösl: Ist das ein Fachbegriff?

Herr Sebacher: Nein, ist kein Fachbegriff. Aber Sie treffen wahrscheinlich auch im realen Leben nicht immer rein rationale Entscheidungen, sondern auch Entscheidungen aus dem Bauchgefühl, aufgrund von anderen Zwecken heraus, die dann zum Tragen kommen.

Stadtrat Bösl: Ist da vielleicht der Wohlfühlfaktor des Bades Bulmare gemeint, weil unser Bad nennt sich hoffentlich noch lange Wohlfühlbad. Soll hier quasi eine Analogie hergestellt werden zur ganzen Stadt oder ist es der Wohlfühlfaktor der Bulmare?

Denn unter Wohlfühlfaktor einer Gemeinde kann ich mir persönlich gar nichts vorstellen.

Bürgermeister Gesche: Ich würde es formulieren, mit einem rechtlich belastbaren Begriff, als weicher Standortfaktor.

Stadtrat Bösl: Hier steht der Wohlfühlfaktor der Gemeinde Burglengenfeld und da hab ich mir dahinter ein Fragezeichen gemacht, weil ich mir darunter nichts vorstellen konnte.

Herr Sebacher: Das schließt das Bad mit ein, gerade das Bad mit ein.

Stadtrat Bösl: Was noch?

Herr Sebacher: Ist das wesentlich für die Entscheidungsgrundlage?

Stadtrat Bösl: Ja sehr, Herr Sebacher. Das Bulmare ist nämlich schon ein wichtiger Standortfaktor für uns.

Herr Sebacher: Das hab ich ja nicht bestritten.

Stadtrat Bösl: Mir geht es um die Begrifflichkeit Wohlfühlfaktor der Gemeinde Burglengenfeld, das ist von der Ausdrucksweise etwas gewöhnungsbedürftig. Gut. Ich mache einen Sprung, komme zu Seite 88, bin gleich fertig, keine Angst. Zu Frage vier.

Bürgermeister Gesche: Das bezieht sich auf den nichtöffentlichen Teil.

Stadtrat Bösl: Danke, das war es soweit.

Stadtrat Deml: Ich bin mir nicht sicher, ob es ein Revisionsbericht oder ein Gutachten ist. Im Laufe Ihrer Ausführung ist es nicht ganz rausgekommen, was es im Endeffekt sein soll. Ist aber auch nicht wichtig.

Herr Sebacher: Es ist ein Revisionsbericht.

Stadtrat Deml: Vorweg wollte ich ein paar Sachen zum Verständnis sagen oder klären lassen. Meines Erachtens sind einige Zahlen falsch, z.B. auf Seite 4 schreiben Sie von der Pro-Kopf-Verschuldung im Management Summary und da geht es um ungefähr 5983,33 € und das ist ja das Management Summary. In dem ausführlichen Teil, wo Sie es darstellen, kommt der Betrag nicht mehr vor, sondern Sie sprechen dann von 6085,00 €. Ist das vielleicht vergessen worden, dass man es nachzieht, oder?

Herr Sebacher: Auf welcher Seite?

Stadtrat Deml: Auf Seite 24. Ich geh davon aus, dass es vergessen worden ist, dass es vorne im Summary ausgebessert wird, weil im Entwurf auch unterschiedliche Beiträge, der Teil mit den 870 Prozent, die wir letztes Mal bemängelt hatten, sind auch wieder mit rein gekommen. Meines Erachtens ist das völlig irrelevant.

Herr Sebacher: Das müssen wir nachprüfen, kann aber durchaus sein.

Stadtrat Deml: Es ist der Fall. Wir haben es nachgeprüft. Seite 74, ist das auch nur ein Kopierfehler? Sie sprechen von einem Missverhältnis von 938,00 €.

Bürgermeister Gesche: Hier darf ich ganz kurz einwerfen, dieses Kapitel ist gänzlich nicht öffentlich. Aufgrund der juristischen Schreiben, die gerade hin- und hergeschrieben werden.

Stadtrat Deml: Der erste Teil ist das Gutachten allgemein. Vorweg eine Frage. Können Sie das beziffern, was das Gutachten kosten wird im Endeffekt? Gibt es schon eine Aufstellung? Ist es wesentlich höher, als veranschlagt wurde?

Herr Sebacher: Es wird höher sein als veranschlagt. Wir können es noch nicht abschließend quantifizieren, weil wir hier auf entsprechende Rechtsanwaltsschreiben noch reagieren müssen.

Stadtrat Deml: Pi mal Daumen, ungefähr? Damit wir wissen, was auf uns zukommen wird.

Herr Sebacher: Das hängt davon ab, wie die juristische Auseinandersetzung fortgeführt wird.

Stadtrat Bösl: Habe ich das richtig verstanden, die Schreiben, die Sie jetzt mit irgendeiner Firma schreiben, die Kosten für den Anwalt stellen Sie der Stadt in Rechnung. Ist das richtig? Oder habe ich das jetzt falsch verstanden?

Herr Sebacher: Mit Sicherheit. Es betrifft Informationen, die hier vertraulich an die Runde gegeben wurden, und entgegen der vertraglichen Verpflichtungen verteilt wurden. Das ist ein Verstoß gegen Vertragspflichten, gegen die Verschwiegenheitspflichten, und wir haben hier auch im letzten Teil der öffentlichen Sitzung explizit darauf hingewiesen.

Stadtrat Bösl: Und die Anwaltskosten stellen Sie der Stadt in Rechnung. Das ist interessant.

Bürgermeister Gesche: Das haben auch die Herren Stadträte bei der letzten Haftungsrisikoausschlussklärung unterschrieben. Und wenn ich nochmal ganz kurz darauf verweisen darf, der Fehler liegt nicht bei der Firma KPMG, sondern ein Stadtrat hat ein vertrauliches Dokument weitergereicht, wohlwissend, dass er das nicht darf, deswegen hab ich auch gesagt, dass der Stadt erstens ein Schaden entstanden ist, und dass wir zweitens diesen strafrechtlich verfolgen werden.

Stadtrat Bösl: Und den Schaden nehmen Sie einfach so hin, Herr Bürgermeister?

Bürgermeister Gesche: Eben nicht. Ich sage, dass dieser verfolgt wird.

Stadtrat Deml: Dann geh ich davon aus, dass der Betrag sich wesentlich erhöhen wird. Es wird vermutlich im sechsstelligen Bereich liegen.

Herr Sebacher: Man kann es nicht sagen. Es ist nicht auszuschließen.

Stadtrat Deml: Die Aufgabenstellung des Gutachtens ursprünglich war, dass Sie eine Übersicht der aktuellen wirtschaftlichen und finanziellen Situation erstellen. Meine Frage wäre, ich habe den Bericht des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands auch gelesen, der 2011 erstellt wurde für die Zeit von 2008 - 2010. Dies war eine aussagekräftige Sache, interessant zu lesen. Warum haben Sie das nicht gemacht? Warum ist Ihres nicht ähnlich, wie der vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband?

Herr Sebacher: Wir haben bei der Betrachtung der finanziellen Situation auf die entsprechenden Verluste in der Zukunft hingewiesen.

Bürgermeister Gesche: Ich möchte kurz ergänzen, der Bayerische Kommunale Prüfungsverband nimmt in dem Bericht, den Sie hier zitieren, auch ganz deutlich Stellung und sagt, dass die entschiedenen Dokumente für die Prüfung nicht zur Verfügung gestellt wurden von Seiten der Stadt und deren Tochterunternehmen. Das war bei dieser Prüfung anders.

Stadtrat Deml: Ich will nicht auf die Inhalte eingehen, sondern auf die Tatsache, dass diese Übersicht nicht dabei ist. Und das wäre für uns Stadträte zur Beurteilung einfacher. Ich würde das bei einem Kassensturz erwarten. Die Ist-Situation sollte dargestellt sein, und zwar ausführlich und detailliert und keine Simulationen für die Zukunft. So ist der Auftrag meines Erachtens auch formuliert gewesen.

Herr Sebacher: In der Art der Abwicklung und der Prüfungsdurchführung sind wir frei und wir haben unseren Prüfungsauftrag, wie er formuliert, abgestimmt und abgelegt wurde, so verstanden.

Bürgermeister Gesche: Und die Ist-Situation ist ja auch so abgebildet. Auf die Aktivseite sind wir mehrfach eingegangen. Sie wird durch ein anderes Unternehmen bewertet.

Stadtrat Deml: Es werden durchweg Zahlen verwendet, deren Herkunft beim Leser nicht erschließbar ist. Siehe Seite 31 und Seite 34. Warum werden bei diesen Angaben keine Quellen angegeben?

Herr Sebacher: Auf Seite 31 sind die Annahmen dar geführt sind, die zu unsere Berechnung geführt haben.

Stadtrat Deml: Es geht nicht um Annahmen, sondern um die Grundlagen der Annahmen. Z.B. Verluste aus der Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 11.503. Woher haben sie diese Zahl?

Herr Sebacher: Sie sind aus dem Jahr 2013.

Stadtrat Deml: Warum ist das nicht vermerkt worden? Es ist schwierig, sich zurechtzufinden.

Bürgermeister Gesche: Es sind ganz ausführliche Anlagen dabei, die fast so stark sind wie das Gutachten.

Stadtrat Deml: Das ist richtig, bloß es ist schwierig, die Zahlen zusammenzufinden. Ich bin ja kein Finanzmathematiker. Das hätte ich mir von so einem Gutachten erwarten.

Herr Sebacher: Wenn wir für den Sachverständigen dritten vorausgesetzt haben, die kumulierten Verluste der Bulmare GmbH was es für uns klar, dass wir uns hier im Abschluss der Bulmare GmbH beziehen.

Stadtrat Deml: Ich habe das nicht. Ich bin kein Aufsichtsrat.

Herr Sebacher: Es tut mir leid, aber ich darf Ihnen diese Information auch nicht zukommen lassen. Sie haben die Informationsansprüche gestellt und werden künftig auch die relevanten Daten erhalten.

Stadtrat Deml: Es wäre schön gewesen, wenn ich diese Quellen zumindest benannt bekommen hätte. So hätte ich es auch recherchieren können.

Herr Sebacher: Wenn diese Information auf Basis der Entwurfsfassung uns zugestellt worden wäre, hätten wir selbstverständlich für Sie die Quellenangaben noch mit aufnehmen können.

Stadtrat Deml: Sowas muss in einem Gutachten selbstverständlich sein.

Herr Sebacher: Nein, es ist übliche Praxis, bei Prüfungsberichten nicht jede Zahl, die wir als Information vorausgesetzt haben, dass die bekannt ist.

Stadtrat Deml: Wie sollen wir dann die Zahlen werten?

Bürgermeister Gesche: Es sind z.B. die Zahlen aus den Jahresabschlüssen der einzelnen Tochterunternehmen im Bundesanzeiger, unter bundesanzeiger.de veröffentlicht.

Stadtrat Deml: Diese Zahl nicht. Mir geht es nicht um die Inhalte, sondern um das Aussehen des Gutachtens, das meines Erachtens schlampig gemacht worden ist.

Bürgermeister Gesche: Inhalte sind wichtig. Wir reden jetzt nicht von Gestaltungsfragen.

Stadtrat Deml: Für uns sind diese Sachen wichtig. Deshalb fragen wir diese Sachen. Wir sind keine Finanzmathematiker, deshalb fragen wir einfach ganz unvoreingenommen. Sie schreiben an mehreren Stellen, dass Ihnen Informationen zu bestimmten Themen gefehlt haben oder nicht zugänglich waren. Warum sind diese nicht aufgeschlüsselt worden bzw. gesagt worden, was gefehlt hat und wer die Informationen verweigert hat? Wir hätten das gerne nachrecherchiert.

Herr Scheckenhofer: Dann sagen Sie uns bitte, an welchen Stellen im Prüfungsbericht, das der Fall war.

Stadtrat Bösl: Gut, dann lassen wir das mal so. Zum Inhalt, die zentrale Aussage zum Bulmare lautet in dem Bericht „die für die Stadt Burglengenfeld kostengünstigste Lösung stellt die Schließung des Wohlfühlbades Bulmare dar“. Das hat einige Wellen

ausgelöst in Burglengenfeld. Was bedeutet für Sie die kostengünstigste Lösung? Würden Sie diese Variante in der Gesamtanschauung aus Ihrer Sicht empfehlen.

Herr Sebacher: Ich habe Sie leider nicht verstanden.

Stadtrat Deml: Erstens, was bedeutet für Sie kostengünstigste Lösung? Würden Sie diese Variante aus der Gesamtschau aus Ihrer Sicht empfehlen?

Herr Sebacher: Kostengünstig berücksichtigt hier den Vergleich zwischen 12,2 Millionen zukünftige zahlungswirksame Verluste über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Bades in Vergleich zu Abwicklungs- oder Restrukturierungskosten.

Stadtrat Deml: Sie sehen es rein aus der Kosten-Nutzen-Sicht finanzieller Art und beziehen das nicht mit ein, dass es einen bestimmten Wert für die Gemeinde hat.

Herr Sebacher: Es ist rein kostenorientiert, nicht nutzenorientiert. Und die Entscheidung oder Empfehlung über eine weitere Verwendung geben wir nicht. Das heißt: diese Entscheidung dürfen Sie treffen.

Bürgermeister Gesche: Deswegen stand auch im Bericht, dass der Wohlfühlfaktor nicht quantifiziert ist.

Stadtrat Deml: Wenn Sie diese Aussage treffen, welche anderen Empfehlungen können wir in diesen Dokument noch finden? Es ist unmöglich, in dem Dokument konkrete Empfehlungen zu finden. Können Sie uns solche nennen?

Herr Sebacher: Wir haben die zukünftigen Verluste quantifiziert, bei Weiterbetrieb, die Kosten für eine Reorganisation sind gesondert zu erheben. Bei solchen Anfragen möchte ich Sie verweisen an die Geschäftsführung oder an weitere Personen hier, dies durchzurechnen. Wir haben nicht abschließend durchgerechnet. Das ist Ihre Aufgabe bzw. Entscheidungen hierüber zu treffen.

Stadtrat Deml: Also brauche ich nicht weiter zu suchen. Es gibt keine weiteren Empfehlungen.

Herr Sebacher: Wir haben in jedem Kapitel eine Beurteilung und Empfehlung ausgesprochen.

Stadtrat Deml: Ich habe aber keine konkrete Empfehlung gefunden. Ich war bei der Vorbesprechung des Berichtes auch dabei und ich meine mich zu erinnern, dass ich gesagt habe: Ich würde gerne eine unabhängige Beurteilung und eine objektive Betrachtung getrennt nach kameralistischen und betriebswirtschaftliche Anforderungen anfordern. Inwieweit floss das in den Bericht ein? Ist ihre Beurteilung unabhängig erstellt worden? Ohne politische Einflussnahme? Konnten Sie die Betrachtungen der finanziellen Situation objektiv durchführen?

Herr Sebacher: Ja.

Stadtrat Deml: Das heißt, Sie sind in der Stellung des Gutachtens von niemandem beeinflusst worden?

Herr Sebacher: Mein Kollege hat unmittelbar auf mich eingewirkt bei der Diskussion.

Stadtrat Deml: Wenn er der einzige war, dann nehme ich das zur Kenntnis. In den Anlagen waren die Dokumente aufgelistet, die Sie zur Erstellung des Gutachtens verwendet haben, mir sind mindestens drei Dokumente aufgefallen, die im Dokumentennamen schon die Bezeichnung eines Stadtrates hatten. Schon der Dokumentname sagt aus, dass die Dokumente von einem Stadtrat gekommen sind, der dann offensichtlich Einfluss darauf genommen hat und die mit in Ihre Beurteilung mit eingeflossen sind. Bin ich da falsch? Die Schwarzzeiffer ist meines Erachtens noch größer. Deshalb die Frage, war die politische Einflussnahme gegeben?

Herr Sebacher: Nein, hier gab es keine politische Einflussnahme. Wir haben viele Informationen erhalten und viele Informationen gesichtet. Die relevanten Informationen und entscheidungserheblichen Informationen haben wir im Hauptteil des Prüfungsberichtes dargestellt.

Stadtrat Deml: Kann man diese Dokumente auch einsehen, eine Liste dabei, ist sie zugänglich? Mich würde es schon interessieren. Es ist ja schon im Namen bezeichnet, dass derjenige diese Dokumente verfasst hat.

Bürgermeister Gesche: Da spricht grundsätzlich nichts dagegen. Alles, was Erstellungsgrundlage des Gutachtens ist, kann von den Stadträten eingesehen werden. Alles, was verfügbar war, natürlich auch von den einzelnen Stadträten, weil jeder einzelne Stadtrat macht in seiner Amtszeit auch Aufzeichnungen, das wird Ihnen nicht anders gehen. Alles, was verfügbar war, wurde verwendet. Und alles, was für das Gutachten verwendet wurde, kann von den Stadträten eingesehen werden.

Stadtrat Bösl: Sind Dokumente von Stadträten aus diesem Gremium in Ihr Gutachten mit eingeflossen?

Herr Sebacher: Nein, was auf der Liste steht, heißt ja nicht, dass wir es für unsere Beurteilung mit einfließen lassen haben.

Stadtrat Bösl: Aber es waren einzelne Stadträte da, die Ihnen irgendwas zur Verfügung gestellt haben.

Herr Scheckenhofer: Ich nenn mal ein Beispiel: Wenn wir von einem Stadtrat ein Dokument zur Verfügung gestellt bekommen haben, das auf Fakten beruht, dann haben wir das gewürdigt. Wir haben auch von einzelnen Stadträten Zusammenfassungen aus älteren Stadtratssitzungen aus der Fraktion bekommen, wo auch sehr viel Meinung dabei war. Ich persönlich habe sie mir nicht durchgelesen.

Stadtrat Bösl: Wissen Sie, von welcher Fraktion das war oder von welchen Fraktionen, oder war es anonym?

Herr Sebacher: Die Informationen, die wir erhalten haben in umfangreichen Ordnern, gehen zurück an unseren Auftraggeber, und dann darf ich Sie bitten, sich im Raum einzuschließen, um die Informationen selber zu sichten.

Stadtrat Deml: Sie verwenden den Begriff hohe konsumtive Verschuldung. Was muss man darunter verstehen? Seite 2.

Herr Sebacher: Diese Inhalte auf Seite 2 sind die uns gegenüber adressierten Fragen und Bitten, dies zu berücksichtigen. Das ist die Wiedergabe erhaltener Informationen.

Stadtrat Deml: Ist das Ihrer Ansicht nach nicht falsch? Müsste das nicht heißen investiv? Die Verschuldung ist ja auf Investitionen zurückzuführen. Schulbau, Bulmare, ...

Bürgermeister Gesche: Es geht hier um nicht rentable Schulden, z.B. Kindergarten, Schulen etc.

Stadtrat Deml: Also ist der Begriff konsumtiv falsch, es geht um Investitionen. Management Summary. Ich verstehe die fiktiven Gesamtverluste des Bades Seite 4. Die fiktiven Gesamtverluste, 46,7 Millionen €, werden mit den Initialkosten verglichen, 17,4 Millionen, mit den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes 2015, 16,2 Millionen €, verglichen. Was soll der Vergleich aussagen?

Herr Sebacher: Der Vergleich soll lediglich eine Vermittlung der Größe darstellen.

Stadtrat Deml: Wie hängen die Zahlen miteinander? Was haben die fiktiven Gesamtverluste für die Zukunft mit den Einnahmen des Verwaltungshaushaltes 2015 zu tun?

Herr Sebacher: Man muss zuerst an den kumulierten bzw. den ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten. Dann zeigt es, inwieweit über die ursprüngliche Nutzungsdauer hinaus mehr als Abschreibungen hier Einfluss gefunden haben oder Einfluss finden werden. Bei einer reinen Aufwandsbetrachtung auf Abschreibungsebene müssten die Verluste in Höhe der kumulierten Abschreibung bzw. kumulierten ursprünglichen Anschaffungskosten betragen. Der Bezug zur Haushaltsplanung soll Ihnen Indikation ermöglichen, inwieweit hier überhaupt aus Ihren laufenden Einnahmen heraus zukünftige Verluste des Bades mit gestemmt und getragen werden können.

Stadtrat Deml: Die fiktiven Gesamtverluste beruhen dann auf Schätzungen. Die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes 2015 ist schon eine konkrete Zahl. Man kann es sehr schlecht vergleichen.

Herr Sebacher: Sie nennen den Begriff fiktive Schulden, ich nenne den Begriff Schätzwert, auf Basis der Zahlen 2013, unter Berücksichtigung der verfügbaren Informationen und auf dieser Basis abgeleitet, wohin gehend der Haushalt 2015 auch Prognosewerte sind.

Stadtrat Deml: Basierend auf ziemlich konkreten Zahlen. Wir sind ja schon fast im Haushaltsjahr.

Herr Sebacher: Je näher die Zukunft vor der Tür steht, umso konkreter können sie später planen. Wir haben bei unserer Betrachtung natürlich die Nutzungsdauer des Bades mit einfließen lassen, d.h. sehr lange Planungshorizonte sind hereingeflossen. Zur vereinfachten Annahme und Prämissen.

Stadtrat Deml: Das war nur eine Verständnisfrage. Seite 4, da kritisieren Sie die feh-

lenden Mechanismen zum Risikomanagement und Finanz- und Beteiligungswesen. Meines Erachtens gibt es zum Risikomanagement Mechanismen, zum Finanz- und Beteiligungswesen auch. Diese Sachen sind in der Geschäftsführung, im Aufsichtsrat und in der jährlichen Wirtschaftsprüfung werden diese Sachen durchgeführt. Warum werden diese bestehenden Mechanismen, die es schon gibt zum Risikomanagement und zum Finanz- und Beteiligungswesen, warum wird da nicht eingegangen in dem Dokument?

Herr Sebacher: Ich verweise auf Kapitel 5.2. In dem Kapitel „Feststellung zum internen Kontrollsystem“ werden Ist-Zustände, Beurteilung und Empfehlungen ausgesprochen. Auch dieses Kapitel ist im nicht öffentlichen Teil Gegenstand.

Stadtrat Deml: Gut. Werden wir uns anschauen.

Bürgermeister Gesche: Wir haben zwei Zwischenmeldungen.

Stadtrat Schaller: Auf Seite 47, Herr Deml, steht, das derzeitige Risikomanagement und interne Kontrollsystem der Stadt Burglengenfeld beachten wir als nicht angemessen.

Stadtrat Bösl: Der Punkt ist, im GmbH-Gesetz gibt es aus gutem Grund einen Aufsichtsrat. Der Verwaltungsrat der Stadtwerke ist ein Kontrollorgan, der Aufsichtsrat genauso, warum wird das nicht entsprechend gewürdigt?

Bürgermeister Gesche: Das ist ja schon in den vorhergehenden Kapiteln gewürdigt. Dort gibt es eine genaue Aufstellung über die Besetzung der Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsgremien. Fakt ist doch aber, dass z.B. in der Vergangenheit keine regelmäßige Information im Stadtrat aus diesen Gremien ergangen ist. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

Stadtrat Bösl: Ändert nichts daran, dass diese Gremien „Aufsichtsrat, Verwaltungsrat“, Aufsichtsgremien sind, wie der Name schon sagt.

Bürgermeister Gesche: Ändert nichts daran, dass der Stadtrat nicht informiert wurde.

Stadtrat Deml: Seite 4, die Differenz bei den Anschaffungskosten im Bulmare. Es steht im Bericht, dass der Stadtratsbeschluss über 6,6 Millionen erfolgt ist und letztendlich entstanden Kosten betragen 17,4 Millionen. Ist das so richtig? Sie sagen auch, dass es nicht nachvollziehbar ist. Warum?

Herr Sebacher: Weil uns hier keine entsprechenden Beschlüsse vorgelegt wurden.

Stadtrat Deml: Nach unseren Informationen ist alles, was sich hinterher abgespielt hat, im Bereich der Stadtwerke und Bulmare entschieden worden, diese Mehrkosten haben einen bestimmten Ursprung, der in bestimmten Einzelmaßnahmen begründet ist. Ich hätte mir gewünscht, dass das auch aufgelistet wird und sie nicht einfach sagen, Ihnen liegen keine Aufstellungen vor. Haben Sie das nicht recherchieren können?

Herr Sebacher: Wir haben geschrieben bzw. entsprechende Hinweise gegeben, dass uns hier keine weiteren Informationen vorliegen. Das hier Informationen der Prüfung

nicht vorgelegt wurden, davon können wir doch ausgehen.

Stadtrat Deml: Das habe ich nicht verstanden. Sie sagen, Ihnen ist es nicht vorgelegt worden. Mir ist es auch nach Recherchen vorgelegt worden und ich weiß, dass der Bürgermeister es auch hat. Warum haben Sie das nicht und warum ist das nicht eingeflossen?

Bürgermeister Gesche: Hier steht, dass die 6,6 Millionen € der im Stadtrat der letzte gefasste Beschluss war. Gekostet hat es dann das Dreifache. Und das zeigt, dass die Entscheidungen dann an anderer Stelle getroffen worden sind. Das ist die Kernaussage, der Stadtrat hat etwas beschlossen über 6,6 Millionen €. Gebaut wurde etwas für 17,4 Millionen €, dass die weitere Entscheidung natürlich nicht in dem Stadtrat, sondern in den Tochterunternehmen gefällt wurden, erschließt sich aus der Sache.

Stadtrat Deml: Mich hätte aber brennend interessiert, und ich denke, ich bin nicht der einzige, warum das so war. Es ist die Max-Tretter-Straße ausgebaut worden, die Sauna ist gebaut worden, unterschiedliche Maßnahmen, die ursprünglich nicht geplant waren.

Herr Scheckenhofer: Das sind aus unserer Sicht genau die fehlenden vergangenen Kontrollstrukturen in der Vergangenheit.

Stadtrat Deml: Ich hätte es aber gerne im Bericht. Das ist meine einzige Kritik. Es erweckt jetzt den Eindruck, dass es Ihnen von der Verwaltung vorenthalten wurde. Wenn man es liest. Seite 5, Sie schreiben, um die übernächste Generation, nach dem Ende der voraussichtlichen Nutzungsdauer hinaus, nicht zu belasten. Wann soll das sein? Warum verwenden Sie so eine ungenaue Aussage?

Herr Sebacher: Wir können es nicht sagen, weil keine Tilgungsplanung vorgelegt wurde.

Stadtrat Deml: Dann sollte man sich solche Aussagen sparen, meines Erachtens. Die Betroffenen sind ja auch Nutzer von dem Bad.

Bürgermeister Gesche: Ich glaube, dass es relativ unerheblich ist. Wenn Sie noch Fragen haben dann, stellen Sie diese bitte. Ich darf um Ruhe und um Konzentration bitten. Um 20:30 Uhr werden wir eine Pause machen. Bitte unterlassen Sie die Zwischenrufe aus dem Gremium, sonst muss ich Sie ermahnen.

Stadtrat Deml: Seite fünf. Sind Sie, wie Sie im Gutachten oder im Prüfbericht auch dargestellt haben, der Meinung, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Burglengenfeld in den letzten Jahren nicht gegeben war?

Herr Sebacher: Wir beziehen uns auf die Zukunft.

Stadtrat Deml: Trotzdem die Frage: Sind Sie der Meinung, dass es bisher nicht gegeben war?

Herr Sebacher: Offensichtlich lebt die Stadt. Agiert, zahlt Gelder, Gehälter und erhält Einnahmen.

Bürgermeister Gesche: Aber der entschiedene Satz steht darin, die Verbindlichkeiten schnellstmöglich zu tilgen und keine Verbindlichkeiten in die Zukunft aufzuschieben.

Stadtrat Deml: Ja, aber meine Frage war, ob Sie der Meinung sind, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit bisher nicht gegeben war. Sie sagen, sie war bisher gegeben. Nur, dass wir das feststellen.

Herr Sebacher: Wenn Sie das sagen.

Stadtrat Deml: Gut, genau, Sie sagen es jetzt auch. Noch eine Frage zur Machbarkeit eines Vorschlages, den Sie gemacht haben. Und zwar, Seite 6, da geht es um die Jahresabschlüsse und die turnusmäßigen Berichterstattungen, da geht es um die Wirtschaftspläne zum dritten Quartal und um die Haushaltsatzung, die Sie gerne Anfang November des Vorjahres vorgelegt hätten, ist sowas überhaupt möglich?

Herr Sebacher: Sie sollten vielleicht bitte noch auf das Wort im Entwurf eingehen, Wirtschaftspläne bis zum dritten Quartal sowie der Haushaltssatzung mit allen relevanten Anlagen im Entwurf. D.h., hier sind Sie frühzeitig in die Diskussion und Abstimmung, um hieraus dann ihren Haushaltsplan auch richtig planen zu können. Das Sie hier keine abschließenden Zahlen haben, ist klar.

Stadtrat Deml: Ich habe zu diesem Zeitpunkt nicht mal die wichtigsten Zahlen. Ich bin neu in dem Gremium. Wir haben im Moment die Diskussion mit der Kreisumlage.

Bürgermeister Gesche: Es ist so, dass es die erste Schätzung dann bereits gibt, z.B. Gewerbesteuer, Grundsteuer, hier bewegt man sich in Zwei-Jahres-Zyklen, man kann ungefähr ansetzen, welche Werte es hier geben wird. Die genauen Steuerbescheide werden dann später eintreffen, aber die Entwürfe gibt es zu diesem Zeitpunkt, wie man z.B. der Mittelbayerischen Zeitung entnehmen konnte, gab es sogar Gemeinden, die November/Anfang Dezember schon den Haushaltsplan auf den Weg gebracht haben. Das ist sportlich, aber für die Größe unserer Gemeinde schwer realisierbar.

Stadtrat Deml: Das wird auch sportlich werden, wenn wir das befolgen wollen. Es bedeutet auch einen riesigen finanziellen und personellen Aufwand, das zu machen. Es ist eine Empfehlung, die Sie machen, wenn es auch meines Erachtens nicht umsetzbar ist. Seite 6, die Zinersparnisse. Sie sagen, es gibt keine nennenswerten Zinersparnisse. Was meinen Sie damit?

Herr Sebacher: Sie meinen, so ist das Halten mit Fremdwährungskrediten ohne nennenswerte Zinersparnisse und ohne Währungskurssicherungen zweifelsfrei als ein in die Zukunft gerichtetes Verhalten zu sehen, mit dem Ziel, Kursgewinne richtig vorherzusehen und daraus einen Nutzen zu ziehen, fehlende Risikoaversion. Das ist eine allgemeine Orientierung, ab wann wir in den Bereich Spekulation eintreten, d.h. wenn sie ausschließlich gewisse Positionen halten, ohne nachweisbare Vorteile durch das Eingehen und Halten bestimmter Positionen im Vergleich zu anderen Alternativen.

Stadtrat Deml: Sehen Sie diesen Ausdruck „ohne nennenswerte Zinersparnis“ im luftleeren Raum als allgemeine Feststellung oder beziehen Sie das konkret auf Burg-

lengenfeld? Die Zinersparnis ist im Moment doch erheblich.

Herr Sebacher: Wir haben hier den Blick in die Zukunft und diesbezüglich über die Alltagssituation hinaus orientiert. Laufzeiten und Betrachtungen siehe Beispiel KPMG. Sie hatten, als Sie die ursprünglichen Schweizerfrankendarlehen abgeschlossen hatten, 200 Basispunkte im Vorteil im Vergleich zu einer €- Finanzierung, das sind entsprechende Zinersparnisse, über die Laufzeit hinweg hat sich dieser Zinsvorteil auf 30 Basispunkte reduziert. Damit kommen wir in eine Betrachtung, wo diese Art von Zinsdifferenz gegebenenfalls ex post betrachtet nicht mehr als nennenswerte Zinersparnis anzusehen ist. Und aus diesem Grund ist das Eingehen von gewissen risikobehafteten Positionen mit einem mehr als großen Fragezeichen zu versehen.

Stadtrat Deml: Nach unseren Informationen beträgt die Zinersparnis allein beim Bulmare zurzeit 400.000,00 €. Würden Sie sagen, dass es im Moment keine nennenswerte Zinersparnis ist, oder sagen Sie es nur für die Zukunft?

Bürgermeister Gesche: Hier steht doch ganz klar, das Halten von Fremdwährungskrediten ohne nennenswerte Zinersparnis und ohne Währungskurssicherung. D.h.: Ich halte den Schweizer Franken, habe eine geringe Zinersparnis und die Währungskurssicherung wäre teurer als diese Zinersparnis, und das wäre diesbezüglich der Fall. Sie sagen 400.000,00 € wäre vielleicht wohl die Zinersparnis, wird so sein, aber Sie wissen auch, dass die Währungskurssicherung sehr viel teurer wäre als dieser mögliche Zinsgewinn, der hierzu führt.

Stadtrat Deml: Mir ist es nur wegen des Ausdrucks „ohne nennenswerte Zinersparnis“.

Bürgermeister Gesche: Der ist nicht abschließend definiert. Das wird gerichtlich relevant, meine Einschätzung. Eine Definition kann man nicht geben. Ob 0,8 % ausreichend sind, bei wie viel Kosten der Absicherung, oder sind 1,5 erforderlich? Das werden in Zukunft die Gerichte entscheiden, was ex post tatsächlich wirtschaftlich war. Es gibt den Grundsatzartikel 61 Wirtschaftlichkeit/Sparsamkeit, nach dem hat die Gemeinde und auch das Tochterunternehmen zu verfahren, ob das so war oder nicht, dass werden in manchen Fällen mancherorts Gerichte entscheiden.

Stadtrat Deml: Ok, aber der Betrag von 400.000,00 € ist schon ein nennenswerter Betrag.

Bürgermeister Gesche: Das ist eine nennenswerte Zinersparnis. Aber wenn wir entgegen rechnen würden, eine Währungskursrisikosicherung, dann wäre es eine vergleichsweise geringe Zinersparnis, da es gänzlich aufgebraucht würde.

Herr Sebacher: Diese Zahl als Relation setzen zu abgebildeten Währungskursverlusten, muss man sagen, ob dies so vorteilhaft ist, bzw. in die Vergangenheit betrachtet, die kumulierten Ersparnisse historisch.

Stadtrat Deml: Seite 7. Sie behaupten, dass es ein mangelndes notwendiges Sachwissen im Finanzmanagement der Stadt gibt. Wo hapert es in der Stadt?

Herr Sebacher: Wir behaupten gar nichts. Wir stellen Sachverhalte dar und würdigen Sachen.

Bürgermeister Gesche: Herr Deml, das ist so nicht richtig. Ganz im Gegenteil. Es wird gesagt, dass in der Verwaltung das Fachwissen da ist. Die Kämmerin und der Bürgermeister verstehen die grundsätzliche Handlungsweise von Finanzderivaten. Hier steht nur, dass bei Finanzderivaten das Fachwissen erforderlich ist, es steht aber nicht da, dass es nicht vorhanden wäre.

Stadtrat Deml (zitiert den drittletzten Satz): *...den Verantwortlichen sind die grundsätzliche Wirkungsweise und das Grundprinzip der angewandten Zinststeuerung vertraut, gleichwohl besteht Verbesserungsbedarf.*

Bürgermeister Gesche: Sie reißen es aus dem Kontext. Sie müssen den nächsten Satz bitte weiterlesen.

Bürgermeister Gesche zitiert weiter: *...gleichwohl besteht Verbesserungsbedarf, alle relevanten Informationen und Risiken und Wirkungsweisen der Sicherungsgeschäfte der Stadt sowie aller Tochterunternehmen zentral an einer Stelle zusammenzuführen, zu überwachen und den Stadtrat monatlich umfassend über die Finanzsituation der Stadt und ihrer Töchter zu unterrichten.* Und das ist ja wohl richtig, das erfolgte monatlich nicht, die Unterrichtung des Stadtrates über Finanzderivate.

Stadtrat Deml: Ich stelle fest, dass in der Verwaltung das notwendige Fachwissen durchaus da ist. Bei der Erstellung des Prüfberichtes der Schweizer Franken, wurden die Bankenvertreter nach ihrer Ansicht befragt? Ist das eingeflossen in den Bericht? (Kreditgeber)

Herr Scheckenhofer: Welche Banken meinen Sie damit? Uns lagen für die Prüfung sämtliche Kreditverträge vor.

Stadtrat Deml: Sie empfehlen auch, dass bei den Banken Vergleichsangebote eingeholt werden. In die Zukunft geschaut, gibt es solche bereits?

Bürgermeister Gesche: Das ist eine Frage, die der Aufsichtsratsvorsitzende im Aufsichtsratsgremium beantworten wird.

Stadtrat Deml: Seite 7. Sie schreiben, dass die Ansicht der Kämmerin ist, dass ein Ausstieg aus den Schweizer Franken den laufenden Haushalt erheblich belasten würde. Sie teilen das nicht?

Herr Sebacher: Ja, weil es in den Büchern bereits abgebildet ist und wir derzeit eine Wechselkursrelation von eins haben.

Stadtrat Deml: Was bedeutet eine gewisse Konnexität? Müsste es nicht heißen, ausschließlichen Konnexität, es wäre ja sonst rechtswidrig.

Herr Sebacher: Das ist die gesetzlich erforderliche Konnexität. Aber für die Verfolgung verweise ich auf die zukünftige monatliche Berichterstattung. Derart der Fragestellung bitte ich Sie, in den Gremium zu stellen.

Stadtrat Deml: Seite 21. Im Prüfbericht werden die Zahlen meines Erachtens des

kameralen Haushaltes der Stadt vermischt. Vor allem der Schuldenstand, diese Schuldenübersichten mit den Bilanzen der Stadtwerke und der Bulmare. Warum wurde es so gemacht? Darf man das?

Bürgermeister Gesche: Die Frage beantwortet sich von selbst, weil die Stadtwerke und die Tochterunternehmen nicht kameral buchen und die Stadt im Moment nicht doppisch bucht, deshalb kann man nur die Zahl nehmen, die zurzeit zur Verfügung steht.

Stadtrat Deml: Sie sagten, dass Sie das Vermögen nicht einbezogen haben wollen.

Bürgermeister Gesche: Nein, ich habe nicht gesagt, dass ich es nicht einbezogen haben will, sondern ich habe gesagt, dass ein externer Dienstleister dies zurzeit erstellt. Aktiva werden von einer externen Firma aufgeschlüsselt. Wir sind gerade dabei. Es ist deswegen nicht eingeflossen.

Stadtrat Deml: Dann müssen Sie aber auch die Verluste also die Abschreibungen wieder rausnehmen aus der Betrachtung.

Herr Sebacher: Die Verluste sind für die zukünftige Betrachtung relevant, d.h., was wird zukünftig den Haushalt finanziell belasten? D.h., wenn Sie Vermögensgegenstände und Aktiva berücksichtigen, hat es eine andere Würdigung, als wenn Sie die zukünftige Zahllast einfließen lassen und berücksichtigen.

Stadtrat Deml: Ich denke, die Gegenüberstellung der Schuldenhöhe ist nicht richtig. Die Verbindlichkeiten der Stadt sind meines Erachtens nicht mit denen der Töchter vergleichbar. Im kameralen Haushalt spielen Vermögenswerte, Verluste, Abschreibungen usw. keine Rolle. Das tun sie aber sehr wohl in den Bilanzen der Töchter. Ein Aufhäufen der Schulden insgesamt ist meines Erachtens nicht zulässig.

Bürgermeister Gesche: Ich brauche einen Gesamtschuldenstand, um die gesamtschulden beziffern zu können, um einen Tilgungsplan für die Zukunft entwickeln zu können. Sie Stadt bucht aber kameral und die Tochterunternehmen buchen doppisch, vielleicht wird sich das mal in naher Zukunft ändern. Es gibt bereits Bestrebungen der Europäischen Union, dass dies verpflichtend wird ca. ab dem Jahr 2022 und dann haben wir alles in doppischer Buchungsweise. Das liegt aber momentan nicht in unserer Hand, wir sind dabei, die Vermögensbuchhaltung abzuschließen zum 31.12.2014, den letzten uns bekannten Stand, und dann haben Sie auch hier die Vermögenswerte in Kürze greifbar.

Stadtrat Deml: Seite 25. Diese Zahl 74,9 Millionen € setzt sich zum großen Teil aus Prognosen und Schätzungen zusammen. Trotzdem, es ist sehr plakativ dargestellt. Kann man das nicht detaillierter machen?

Herr Sebacher: Am Ende mündet alles in eine Zahl.

Stadtrat Deml: Wenn schon plakativ, dann einfach auf den Ist-Zustand beschränken und nicht auf Prognosen. Ich würde die Zahl ganz klein halten. Noch dazu, weil es unter sehr negativen Voraussetzungen gesehen wurde.

Herr Sebacher: Wenn wir in die Zukunft schauen und auf Basis der relevanten Risi-

ken die Verluste quantifizieren muss, d.h. was kommt auf die Stadt zu, was kommt auf die Bürger zu? Und der beste verwertbare Wert ist der ermittelte Schätzwert. Die Ist-Zahlen für die Zukunft, die kenne ich nicht. Die Ist-Zahlen sind die Verbindlichkeiten. Das ist historisch in der Vergangenheit, das sind die eingetretenen Werte. Verbindlichkeiten entweder aus Sicht Haushalt, damit Stadt, oder Verbindlichkeiten bei der GmbH als Buchführungspflichtiger, das wird zu Zahlungen führen, eingetreten und wir haben auf Grund der Geschäftstätigkeit auch Zahlungsverpflichtungen in der Zukunft und dieses Risiko muss berücksichtigt werden. D.h., wir addieren Ist-Werte mit den zugeordneten Schätzwerten und so lässt sich die gesamte Zahlungsverpflichtung über die voraussichtliche Nutzungsdauer ermitteln.

Stadtrat Deml: Eine Frage zur freien Spitze. Laut Herrn Bösl bestehen durchaus unterschiedliche Ansichten. Laut Bericht des Bayerischen Kommunalen Prüfungsbandes wird ausgeführt, dass grundsätzlich eine angemessene freie Spitze in diesen Jahren da war, sie war nicht im Minus und ist im Bericht anerkannt worden. Meine Frage dazu: Diese 2,3 Millionen €, die zum Verwaltungshaushalt gehören (da gibt es anscheinend unterschiedliche Ansichten), meinen Informationen nach ist es ein Betrag, der im Vermögenshaushalt nachgewiesen wurde. Laut Definition ist die freie Spitze die über den Pflichtbetrag hinausgehende Zuführung zum Vermögenshaushalt. Der Pflichtbetrag war in den vergangenen Jahren immer 600.000,00 €. Dieser Betrag ist zur Tilgung der Schulden und der Zusatzkosten notwendig. Meines Erachtens ist die Einlage, die an die Stadtwerke übergeben worden ist, bzw. die freie Spitze, die berechnet worden ist, falsch berechnet. Sie haben die 2,3 Millionen € abgezogen und gehen davon aus bzw. Sie bestätigen mich damit, dass diese 2,3 Millionen € nur zur Tilgung der Schulden verändert worden sind. Sie haben vorher gesagt, dass Sie nicht wissen, wozu diese Sachen verwendet worden sind. Ist das richtig? Oder wissen Sie, ob es zur Schuldentilgung verwendet worden ist?

Bürgermeister Gesche: Getilgt worden ist damit nichts. Wenn, dann überhaupt angespart. Aber eine Tilgung oder Ansparung ist kein Vermögenswert. Die laufenden Kosten des Bauhofes sind ja auch kein Vermögen.

Stadtrat Deml: Dann darf ich den Betrag auch nicht im Ansatz bringen zur Verrechnung/bei der Verrechnung der freien Spitze. Man weiß nicht, ob der zur Schuldentilgung verwendet worden ist.

Bürgermeister Gesche: Das ist Ihre Ansicht. Sie sagten ja bereits, man kann streiten darüber. Ich glaube, das ist jetzt Wortklauberei, wo man Vermögenshaushalt, Vermögen oder Verwaltungshaushalt bucht. Über die Buchungen haben wir gerade gesprochen.

Stadtrat Deml: Meines Erachtens ist es eine ganz essenzielle Frage. Die Schlussfolgerung ist, dass die Stadt Burglengenfeld nicht mehr handlungsfähig ist, weil die freie Spitze in den künftigen Jahren nicht gegeben ist. Das ist eine ganz wichtige Schlussfolgerung. Die freie Spitze bestimmt, ob wir Geld haben oder nicht. Die freie Spitze berechnet sich aus der Summe der Mittel, die über den Pflichtbetrag hinausgehen. Pflichtbetrag ist die Schuldentilgung im Vermögenshaushalt. Es sind keine 9.000,00 € wie Herr Bösl sagte sondern mehr, wir wissen es nur nicht, weil die 2,3 Millionen € an die Stadtwerke abgeführt werden.

Bürgermeister Gesche: Beispiel: Die Leistungen, die der Bauhof erbringt, sind doch

Pflichtaufgaben. Das kann ich nicht als freie Spitze detaillieren.

Stadtrat Deml: Wie ist das, wenn ein Kanal repariert wird? Ist das Investition oder laufend? Wissen Sie das?

Bürgermeister Gesche: Das kommt darauf an, es ist bei den Stadtwerken aufgeschlüsselt.

Geschäftsleitender Beamter Wittmann: Die freie Spitze soll signalisieren, ob die Stadt noch zusätzliche Ausgaben machen kann (z.B. Investitionen oder Tilgungen) im Vermögenshaushalt. Die Frage war, warum man das, was an die Stadtwerke geht, von der freien Spitze abzieht? Herr Deml sagt hier, dass darf man nicht machen, nur, man kann auch sagen, das, was wir an die Stadtwerke leisten, das leisten wir ja nicht freiwillig, wir machen es, weil wir es zahlen müssen. Der Bauhof, die Stadtwerke und das Bulmare brauchen das Geld, um den laufenden Betrieb von Bulmare und Bauhof aufrecht zu erhalten und stehen dann nicht mehr zur freien Verfügung des Stadtrates. Der Großteil der freien Spitze ist für diese Pflichtaufgaben.

Stadtrat Deml: In den Stadtwerken werden auch Aufgaben der Stadt übernommen. Der größte Teil ist kostendeckend. Zur Schuldentilgung verwendete Beträge übersteigen den Teil des Vermögenshaushalts und da darf man das nicht mit einberechnen. Auf keinen Fall. Man kann auch nicht sagen, wofür es verwendet wird, das ist Sache der Stadtwerke. Sie übernehmen zwar Aufgaben der Stadt, aber im Moment kann man es nicht beurteilen, für was es verwendet wird.

Bürgermeister Gesche: Das Entscheidende ist, dass wir größere Tilgungsleistungen brauchen für die städtischen Tochterunternehmen, sprich, für das Bad in erster Linie, und darüber sind wir uns einig, dass die Werte im Vermögenshaushalt bzw. der Stadt bereit gestellt werden müssen, größer werden. Dieser Betrag, der abgeführt wird, geht von einer möglichen freien Spitze ab. Freie Spitze ist, was ich am Schluss zur Verfügung habe, nach Erfüllung der Pflichtaufgaben.

Stadtrat Deml: Wie stehen Sie dazu, dass im Kommunalen Prüfungsverbandbericht, dass diese freie Spitze, als angemessen bezeichnet worden ist?

Bürgermeister Gesche: Der Kommunale Prüfungsverband hat nicht die Tochterunternehmen beleuchtet und sagt auch in der Einleitung, dass er entscheidende Unterlagen zur Prüfung nicht erhalten hat. Aber wir drehen uns im Kreis und nehmen Ihre Meinung zur Kenntnis.

Stadtrat Deml: Im Dokument sollte aufgenommen werden, dass das Bulmare ein Zuschussbetrieb ist. Welche Auswirkungen hat die Existenz des Bulmare auf die finanzielle Situation der Stadt Burglengenfeld und ihren Haushalt? Ich meine die Einkommensteuer oder Kaufkraft, die sich in der Stadt bemerkbar machen. Kann man diese mit aufnehmen?

Bürgermeister Gesche: Weil man es nicht quantifizieren kann. Ich kann nicht sagen, dass 547 Bürger nur wegen dem Bad hergezogen sind.

Stadtrat Deml: Die Tilgungsrücklagen für das Bulmare habe ich auch im Gutachten nicht gefunden.

Herr Sebacher: Die Tilgungsrücklagen sind in den Aktiva und die können durchaus zur Tilgung verwendet werden. Sie sind nicht im Gutachten. Aber in Ihrer Würdigung und Entscheidung, wie mit der Bulmare zu verfahren ist, soll das selbstverständlich mit einfließen.

Stadtrat Deml: Eine Verständnisfrage, der Unterschied zwischen einem Jahresfehlbetrag und einem Betriebskostendefizit?

Bürgermeister Gesche: Wir reden hier über das Gutachten! Ich bitte eine Frage zum Gutachten zu stellen.

Stadtrat Deml: Ich ziehe diese Frage zurück. Ist es richtig, dass in der Zusammenstellung der gesamten Zahlungsverpflichtungen der Stadt bereits die Personalkostenerhöhung in Höhe von fünf Millionen mit eingerechnet ist, die erst im neuen Stadtrat beschlossen worden ist?

Herr Sebacher: Selbstverständlich, weil wir hier in die Zukunft schauen, d.h., wir berücksichtigen alle relevanten Risiken und lassen diese in die Kalkulation und Berechnungen mit einfließen. Was wir nicht berücksichtigt haben, sind bei der Annahme zukünftige, darüberhinausgehende Steigerungen z.B. in Folge von Inflationsausgleich, weitere Mitarbeitereinstellungen, Altersstruktur der Mitarbeiter usw.

Pause

Stadtrat Glatz: Ich bin jetzt 25 Jahren im Stadtrat, mit kurzer Unterbrechung, und denke, dass wir heute an einen Punkt sind, an dem wir, so wie wir hier sitzen, die Wahrheit erkennen müssen und die Wahrheit sagen müssen. Ich habe davor keine Angst. Wir können nicht so weitermachen wie bisher. An dieser Wahrheit kommt keiner vorbei. Was wir hier hören, ist eine Geisterdiskussion. Diese Stadt ist mit ihren Töchtern und Enkelkindern überschuldet und wir müssen versuchen, auch in Verantwortung der zukünftigen Generationen, diese Schulden wegzubringen, denn die nimmt uns keiner ab. Das wird sich bei den Haushaltsberatungen zeigen und auch da wird sich zeigen, ob das Bulmare weiterbetrieben wird oder nicht. Wir sollten eine offene und ehrliche Diskussion führen. Kein Stadtrat hat von uns Swaps (ich gehe davon aus). Aber es wurden Sachen abgesegnet im Aufsichtsrat von Leuten, die aus meiner Sicht keine Ahnung hatten. Wenn sie Ahnung hatten, sind sie dafür haftbar zu machen. Ist das üblich, dass von der Stadt einem Generalunternehmen z.B. Einzelgewerke übergeben werden. Ist das üblich?

Bürgermeister Gesche: Ja.

Stadtrat Glatz: In welcher Größenordnung war die Verfügungsmasse des Bürgermeisters bei solchen Sachen?

Bürgermeister Gesche: So groß, wie es im letzten Geschäftsverteilungsplan festgelegt wurde bzw. wie es durch den Stadtrat festgelegt wurde. Es lag bei 30.000,00 €. (Geschäftsordnung des Stadtrates).

Stadtrat Glatz: Finanzüberwachung: Sie regen es für die Zukunft an. Ist es bei anderen Kommunen üblich? Oder ist es außergewöhnlich, dass das gemacht wird? Auch

bei so einen Bauwerk wie dem Funktionsgebäude?

Herr Sebacher: Das ist üblich.

Stadtrat Glatzl: Kostenmehrung: War diese Kostenmehrung absehbar?

Herr Sebacher: Das kann ich nicht beurteilen.

Stadtrat Glatzl: Wer hat die Kostenmehrung überwacht?

Bürgermeister Gesche: Das fällt alles in den nicht öffentlichen Teil, weil es darüber auch vertragliche Daten geht und Verträge mit Baufirmen und Grundstücksgeschäften geht. Die hier eine wesentliche Rolle spielen.

Stadtrat Glatzl: Wer hat was überwacht, kann man so nicht klären.

Stadtrat Schreiner: zitiert aus seiner Vorlage

TOP 1: Vorstellung des Revisionsberichtes (Kassensturz) durch die Fa. KPMG (öffentlicher Teil) 2

Gesamtwürdigung: Zentrale Schwächen des Gutachtens 2

Mangel 1: Prüfungsauftrag 3

Mangel 2: Feststellungen zur Pro-Kopf-Verschuldung 4

Mangel 3: Feststellungen zu den Zahlungsverpflichtungen 5

Mangel 4: Vergleich mit Häuslebauer 5

Mangel 5: Feststellungen zu den Zinsersparnissen 6

Mangel 6: Feststellungen zur Tilgung von Krediten 6

Mangel 7: Feststellungen zur Verschuldung 7

Mangel 8: Umstellung auf Doppik 7

Mangel 9: Feststellungen zur Finanzierungslücke bis 2017 8

Mangel 10: Feststellungen zum Verlustausgleich 8

Mangel 11: Feststellungen zu Einnahmen und Ausgaben und der „freien Spitze“ 8

Mangel 12: Feststellungen zu Zinstauschgeschäften (Swaps) 9

Fazit der BWG 10

TOP 1: Vorstellung des Revisionsberichtes (Kassensturz) durch die Fa. KPMG (öffentlicher Teil)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

unsere Fraktion hat sich ihre Meinung zu dem Gutachten gebildet: Die KPMG hat geliefert, was bestellt wurde, nämlich ein Gefälligkeits- bzw. Tendenzgutachten. Bevor ich im Einzelnen auf die zahlreichen methodischen Mängel dieses Gutachtens komme, sei gesagt, was das Gutachten ganz sicher nicht ist:

1. Das Gutachten ist mit Sicherheit nicht der seit Monaten angekündigte „Kassensturz“ zum Amtswechsel am 31.04.2014. Das, was Sie, Herr Bürgermeister, seit Monaten ankündigen, und was wir Stadträte und 12.000 Einwohner erwarten, nämlich die Bekanntgabe des konkreten Schuldenstands stichtagsbezogen zum 31.04.2014, sucht man in diesem Gutachten vergeblich. Stattdessen wird uns ein „Tendenzgutachten“ präsentiert, das im Wesentlichen aus fiktiven Werten, Hochrechnungen und

wörtlich „Simulationen“ - (vgl. Seite 34ff) - besteht, von denen niemand weiß, auch nicht die KPMG, ob sie so jemals eintreten, und das Feststellungen zu einem völlig willkürlichen Stichpunkt trifft, nämlich zum 31.12.2013. Darüber hinaus werden Zahlen aus der Amtszeit von Heinz Karg mit heutigen Zahlen bunt durcheinandergemischt.

2. Und – die zweite große Schwäche des Gutachtens – es werden „Vermögensgegenstände“, sprich die gesamte Aktivseite unserer Bilanz, bei der Betrachtung einfach von vornherein unter den Tisch fallen gelassen und so getan, als gebe sie es nicht, weil sie vom Prüfungsauftrag schlicht ausgenommen wurden (Seite 22 oben).

Und das, obwohl Sie, Herr Bürgermeister, in der Sitzung des Stadtrats vom 30.07.2014 noch das genaue Gegenteil zugesichert haben: „Die Vermögenswerte gehören dazu“, haben Sie damals gesagt, vgl. MZ vom 01.08.2014. Jetzt lese ich im Gutachten: „Vermögensgegenstände und deren Werthaltigkeit werden nachfolgend nicht berücksichtigt.“ Einen klareren Widerspruch gibt es gar nicht; und das ohne dass mir wenigstens ein konkreter Zeitpunkt genannt werden kann, wann Sie dieses Versäumnis nachholen wollen und wann dieses Versäumnis behoben werden soll. Sie verweisen hier auf ein angeblich separates Gutachten, von dem sie nicht mal sagen können, wann es vorliegt.

3. Das Gutachten ist daher auch keine brauchbare Arbeitsgrundlage für die künftige Finanzpolitik unserer Stadt. Im Einzelnen ist zu den Fehlern und methodischen Mängeln des Gutachtens auszuführen:

Mangel 1: Prüfungsauftrag

Aus dem Prüfungsauftrag wird bereits deutlich, wo die Reise hingehen soll. Wörtlich steht da zu lesen „Untersuchung der dauernden Leistungsfähigkeit [...] unter Berücksichtigung einer sich ggf. geringfügig verschlechterten Einnahme- und Ausgabensituation“ (Seite 2). Bereits an dieser Stelle wird klar: Das Gutachten behandelt nicht reale Zahlen und reale Fakten, sondern stellt schon nach dem Prüfungsauftrag die Situation von vornherein schlechter dar, als sie ist. Das Gutachten leugnet dies nicht einmal, sondern weist schon eingangs auf diesen Punkt hin – unter Berufung auf den Prüfungsauftrag. Man hat eben geliefert, was bestellt wurde, nämlich eine Art „Schuldenmonopoly“ nach den Vorgaben des Herrn Bürgermeisters und des Herrn Gruber, der sich ja bereit schon sehr wortreich zu Wort gemeldet hat.

Hauptleidtragender dieser unsauberen Methodik ist unser Wohlfühlbad Bulmare. Wörtlich steht schon zu Beginn des Gutachtens zu lesen (Seite 5): „Generell sollte der Weiterbetrieb des Bades kritisch hinterfragt werden, ob die zukünftigen Verluste für die Gemeinde überhaupt tragbar und den Bürgern zumutbar sind. [...] Ein zeitnahe Ausstieg würde einem weiteren Verlustanstieg entgegenwirken und wäre unter den gegebenen Rahmenbedingungen kostengünstiger.“ Damit nicht genug: Auf Seite 34 steht unter Punkt 4.2.3.2 Beurteilung und Empfehlung (ich weiß nicht, was es an diesen Begriff rumzudeuteln gibt, es steht ganz klar Empfehlung in der Überschrift) Folgendes. Ich zitiere: „Die für die Stadt Burglengenfeld kostengünstigste Lösung stellt die Schließung des Wohlfühlbades Bulmare dar.“ Diese Aussagen und Empfehlungen sind umso skandalöser, wenn man wenige Absätze vorher (Seite 34 oben) folgenden Satz gelesen hat: „Für eine verlässliche Entscheidungsgrundlage zur Fortführung oder Einstellung des Badbetriebes liegen derzeit keine belastbaren Unterlagen vor und sind gesondert zu erheben.“ Seit der Eröffnung des Bades im Dezember

2005 hat unser Bad eine beispiellose Erfolgsgeschichte geschrieben. Die Besucherzahlen haben sich von Jahr zu Jahr erhöht, erfreulicherweise auch die Einnahmen, im operativen Geschäft wurde die schwarze Null erreicht, das Bad ist ohne jeden Zweifel die wertvollste und attraktivste Freizeiteinrichtung der Region. Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, dass im Gutachten schlechtere Zahlen bei der Beurteilung berücksichtigt werden. Die positive Entwicklung wird im Bericht ignoriert – ja, es werden sogar positive Entwicklungen bewusst eliminiert und als Einmaleffekte (Seite 31) abgetan. Beispielsweise wird so getan, als sei die Schließung des Westbades Grund für die erhöhten Besucherzahlen im Bulmare, was schlicht unwissenschaftlich ist und nicht erklärt, weshalb die Besucherzahlen seit Eröffnung des Bades ständig gestiegen sind. Fakt ist: Die Stadt hat seit der Eröffnung des Bades keinen Cent neue Schulden gemacht und die notwendigen Beträge, die für den Betrieb des Bades erforderlich sind, zur Verfügung gestellt. Ja nicht nur das: Mit der Errichtung des Sauna-Ruhehauses und des Kinderplanschbeckens wurden weitere wichtige Bausteine für die Attraktivität geschaffen und knapp 3 Mio. € für die Tilgung der Verbindlichkeiten angespart. Auch diese 3 Mio. € werden im Gutachten einfach ignoriert. Die genannten Fakten beweisen: Die Stadt Burglengenfeld kann sich das Bad leisten. Innerhalb von zehn Monaten ist es Ihnen, Herr Bürgermeister, zusammen mit Ihren politischen Freunden gelungen, diese Erfolgsgeschichte im Frage zu stellen und eine Debatte loszutreten, die – und das war vorauszusehen - der Einrichtung nur Schaden zugefügt hat und weiteren Schaden zufügen wird.

Der bisher schon eingetretene Schaden ist beträchtlich: Besucher bleiben zunehmend aus, Besucher wollen sogar Geld für bezahlte Dauerkarten zurück, Anbieter wie die AOK und die VHS haben ihre Kurse abgesagt und viele Dinge mehr – von der berechtigten Verunsicherung der 60 Mitarbeiter will ich gar nicht sprechen. Auf Facebook begründen Sie, Herr Bürgermeister, diese Entwicklung mit der Grippewelle. Wäre die Situation nicht so ernst, könnte man darüber vielleicht noch schmunzeln, aber angesichts Ihrer Amtsführung ist uns das Lachen längst vergangen. Bitte realisieren Sie endlich, dass der Wahlkampf seit fast einem Jahr beendet ist und Sie nunmehr Verantwortung für die städtischen Einrichtungen tragen und sich schützend vor Ihre Mitarbeiter stellen sollten, statt diese ständig auch noch „in die Pfanne zu hauen“. Die BWG setzt sich ohne Wenn und Aber für einen Erhalt des Bulmare ein – unser Antrag, die Empfehlungen der KPMG nicht weiter zu verfolgen, ist die logische Konsequenz dieser Überzeugung wenn er denn auf die Tagesordnung gekommen wäre.

Mangel 2: Feststellungen zur Pro-Kopf-Verschuldung

Der Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung auf Seite 4 des Gutachtens basiert auf keiner gesetzlichen Grundlage, ist unseriös, tendenziös und falsch – um nicht zu sagen manipuliert. Auf der einen Seite (Stadt) werden städtische Schulden und Schulden der Tochterunternehmen inkl. möglicher Währungsverluste plus einer Hochrechnung aus Verlusten im Bulmare in der Zukunft zusammengezählt und der Durchschnittverschuldung der Bayer. Kommunen ohne Tochterunternehmen und eine irgendwie geartete Hochrechnung gegenüber gestellt. Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen. Hypothetische Verluste in der Zukunft in die heutige Pro-Kopf-Verschuldung mit einzubeziehen, ist schlicht methodisch falsch und unseriös: Es gibt keine Pro-Kopf-Verschuldung für hochgerechnete Verluste. Diese unsaubere Vorgehensweise ist symptomatisch für das ganze Gutachten. Damit nicht genug: Bewusst werden Zahlen aus der Amtszeit von Heinz Karg mit der Amtszeit von Thomas Ge-

sche vermengt und darüber hinaus noch Hochrechnungsbeträge, die in der Zukunft evtl. anfallen könnten, hinzugerechnet. Prompt haben ja auch Sie, Herr Bürgermeister, diese Märchenzahl von 870 % in Ihrer Aschermittwochsrede verwendet, um Stimmung zu machen. Dass die KPMG dieses Spiel mitmacht, spricht für sich und rechtfertigt den Vorwurf des Gefälligkeitsgutachtens. Auf Seite 23 des Gutachtens ist übrigens die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt richtig dargestellt (rd. 1400 € und damit 112,6 % über dem Landesdurchschnitt).

Mangel 3: Feststellungen zu den Zahlungsverpflichtungen

Ohne Aussagekraft sind auch die ermittelten Zahlungsverpflichtungen von 74,9 Mio. € (Seite 23). In diesen 74,9 Mio. € sind allein 11 Mio. € Währungsverluste hineingerechnet, von denen heute niemand sagen kann, ob sie überhaupt jemals anfallen. Allein in den letzten Wochen hat sich die Situation an der Währungsfront um rund 600.000,00 € wieder verbessert, was das Gutachten ebenfalls nicht für erwähnenswert erachtet. Gleiches gilt für die Verlustberechnungen beim Bulmare. Entgegen den Hochrechnungen sind wir der Meinung, dass wir uns das Bulmare leisten können. Das beweisen die letzten sieben Jahre seit der Eröffnung. Trotz der finanziellen Belastungen durch das Bulmare hat die Stadt seit 2008 keinen Cent neue Schulden aufgenommen. Im Gegenteil: Es wurden 23,1 Mio. € investiert und 3,7 Mio. € getilgt. Das sind keine Hochrechnungen, sondern Fakten, die durch die KPMG nicht zur Kenntnis genommen werden. In dem hoch gerechneten Betrag von 74,9 Mio. € weiter nicht berücksichtigt sind die Ansparsummen beim Bulmare in Höhe von 3 Mio. €.

Wenn Sie die hoch gerechneten Verluste beim Bulmare mit einberechnen, müssten logischerweise auch die Beträge in Abzug gebracht werden, die für die Tilgung alljährlich bezahlt werden. Die Tilgungsbeträge bei Stadt und Tochterunternehmen betragen durchschnittlich jährlich mindestens 1,4 – 2 Mio. €. Der Betrag von 74,9 Mio. € ist somit nachweislich eine falsche Zahl, die bewusst so hoch berechnet wurde, um den Wünschen des Auftraggebers gerechnet zu werden. Alle auf der Zahl 74,9 Mio. € aufbauenden Berechnungen – und das sind weite Teile des Gutachtens – sind logischerweise ebenfalls falsch.

Mangel 4: Vergleich mit Häuslebauer

Der Vergleich mit einem Häuslebauer (Seite 28), der nach 27 Jahren im Schnitt schuldenfrei sein will, ist hanebüchen und ebenfalls unseriös. Es übersteigt ganz offensichtlich den Horizont der KPMG, dass sich eine Kommune eine dauerhaft defizitäre Einrichtung wie das Bulmare bewusst leistet, um Standortvorteile zu schaffen, die der gesamten Kommune zum Vorteil gereichen. Ein „normaler Häuslebauer“ würde und könnte das natürlich nicht. Die Stadt wird auch in 25 oder 30 Jahren nicht schuldenfrei sein. Das kann nicht das oberste Ziel der Stadtpolitik sein. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten werden immer wieder neue Aufgaben hinzukommen, die bewältigt werden müssen. Wichtig ist, dass die Stadt ihren Verpflichtungen nachkommen kann. Und das tut sie mit Bravour! Seit Jahrzehnten hat die Stadt einen ausgeglichenen Haushalt, es wurden im Zeitraum 1990 bis 2014, der Amtszeit von Heinz Karg, 40 Mio. € Überschüsse im Verwaltungshaushalt erwirtschaftet, sind weit mehr als 30 Mio. € staatliche Zuschüsse geflossen und ebenfalls weit mehr als 30 Mio. € Erlöse aus Grundstücksgeschäften.

Die Zahlen aus der letzten Amtszeit von 2008 bis 2014 belegen darüber hinaus, dass

dem Schuldenabbau bei der Stadt ein besonderes Augenmerk geschenkt wird. Von den Prüfungsbehörden werden diese Bemühungen ausdrücklich anerkannt. Ich wiederhole die Zahlen gerne: Die Investitionen betragen in diesem Zeitraum 23,1 Mio. €, 3,7 Mio. € wurden getilgt. Und das wichtigste: es gab keinen Cent Neuverschuldung. Bund und Land feiern sich, weil sie im Haushalt die „schwarze Null“ erreicht haben. Dieses Ziel hat die Stadt schon vor zehn Jahren erreicht. Die BWG ist überzeugt, dass in den nächsten Jahren nicht die im Gutachten dargestellten Zahlen Realität werden, sondern die positive städtische Entwicklung der Jahre 2008 bis 2014 fortgesetzt werden kann, nicht zuletzt wegen der enorm gestiegenen Steuer- und Umlagekraft der Stadt.

Mangel 5: Feststellungen zu den Zinsersparnissen

Zinsersparnisse durch aktives Zinsmanagement in Millionenhöhe (Seite 26 und 62) wurden nicht nur beim Bulmare erzielt, sondern auch bei der Finanzierung des Schulzentrums im Naabtalpark. Die gesamten erzielten Zinsersparnisse (Schulzentrum und Bulmare) sind zum Zeitpunkt der Amtsübergabe von Heinz Karg am 30.4.2014 höher als der Währungsverlust, der derzeit ohnehin nur ein Buchungsverlust ist. Ob und in welcher Höhe er überhaupt anfallen wird, steht erst fest, wenn zurückgetauscht wird. Im Übrigen: Es war ein großer Fehler, den jahrelangen Einwänden der CSU beim Zinsmanagement zu entsprechen, die Kredite der Stadt von der variablen auf die Festverzinsung umzustellen. Dadurch ergibt sich für die Stadt eine Zins-Mehrbelastung von rund 250 – 300.000 € jährlich.

Mangel 6: Feststellungen zur Tilgung von Krediten

Im Gutachten ist ein Tilgungsbetrag von jährlich durchschnittlich 1,4 Mio. € genannt (Seite 27 und 28). Der tatsächliche durchschnittliche Tilgungsbetrag liegt weitaus höher, weil eine Sondertilgung der Stadtbau in Höhe von mehreren hunderttausend € schlicht und einfach nicht berücksichtigt wird (Seite 27) und nur die letzten zwei Jahre für die Berechnung herangezogen werden. Auch das ist methodisch unsauber und wenig aussagekräftig. Sondertilgungen aufgrund geschickter Grundstückspolitik hat es in Burglengenfeld in der Vergangenheit stets gegeben und muss es auch in der Zukunft geben. Es ist ihre Aufgabe, Herr Bürgermeister, es ihrem Vorgänger nachzumachen und hier ähnlich erfolgreich und professionell zu agieren wie er. Ebenfalls nicht enthalten im Bericht ist – wie mehrfach bereits erwähnt – die angesparte Summe für Tilgungen im Bulmare von knapp 3 Mio. €. All diese Mängel bewirken, dass die Berechnung der Tilgungsdauer auf Seite 28 falsch ist.

Mangel 7: Feststellungen zur Verschuldung

Die Höhe der Verbindlichkeiten am 31.12.2013 wird auf Seite 21 auf 58 Mio. € beziffert und damit schon einmal deutlich unter dem von Stadtratskollege Gruber stereotyp in Umlauf gebrachten falschen Wert von 62 Mio. €, der auch noch in Ihrem „vorläufigen Kassensturz“ vom 23.07.2014 auftauchte, Herr Bürgermeister. Die Amtsübergabe war aber – ich kann mich nur wiederholen – am 30.4.2014. Das heißt, dass von diesen 58 Mio. € mindestens ein Betrag von 500.000 € schon einmal abzuziehen ist (Stichwort „anteilige Tilgung“ unter Bürgermeister Heinz Karg). Der Betrag von 58 Mio € enthält weiter hypothetische Währungsverluste von rund 6 Millionen €. Ob diese Verluste realisiert werden, steht heute noch nicht fest.

Weiter in Abzug gebracht werden müssen die 3 Mio. €, die von der Bulmare bereits für Tilgungszwecke zurückgelegt wurden. Nach den gesetzlichen Bestimmungen zählen bei der Schuldenstatistik auch nur die langfristigen Verbindlichkeiten. Das macht bei den Stadtwerken 4,4 Mio. € weniger aus. Wenn ich all diese Tatsachen berücksichtige, liegt der Verschuldungsbetrag unter 50 Mio. €. An der Stelle muss man darauf hinweisen, dass die Stadt und die Tochterunternehmen im Zeitraum von 1990 – 2014 rd. 200 Mio. € investiert haben. Das Aktivvermögen der Stadt und ihrer Unternehmen ist durch diese Investitionen so hoch wie noch nie. Aber – wen wundert es noch – das Aktivvermögen wurde – das wäre ja wieder positiv – bei der Bewertung einfach nicht berücksichtigt, sodass das gleiche schiefe Bild von den Finanzen der Stadt erzeugt wird, das Stadtratskollege Gruber in seinen „Märchenvorlesungen“ anlässlich der Haushaltsberatungen heraufbeschworen hat, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Es wäre Ihre Aufgabe gewesen, Herr Sebacher, hier methodisch sauber und objektiv zu arbeiten und sich nicht den rein politisch motivierten Vorgaben Ihres Auftraggebers zu beugen, wie Sie es in Ihrem Gutachten getan haben.

Mangel 8: Umstellung auf Doppik

Die Umstellung auf Doppik ist noch nicht erfolgt und auch nicht „vorbereitet“, wie im Gutachten fälschlich steht (Seite 18). In Auftrag gegeben ist lediglich die Vermögensbewertung, es gibt keinen Beschluss auf Einführung der Doppik. Der geschäftsleitende Beamte Thomas Wittmann hat trotz jahrelanger Vorarbeiten diese Arbeiten immer noch nicht endgültig abgeschlossen. Fakt ist aber, und das steht fest, dass das Aktivvermögen der Stadt und der Tochterunternehmen die Schulden weit übersteigt. Herr Wittmann wird Ihnen das sicher bestätigen.

Mangel 9: Feststellungen zur Finanzierungslücke bis 2017

Auf Seite 25 des Gutachtens wird eine angebliche Finanzierungslücke von 788 TSD € bis 2017 prognostiziert. Die Prognose beruht auf Zahlen des städtischen Finanzplanes. Die Zahlen des Finanzplanes sind aber nur bedingt brauchbar, denn die tatsächlichen Zahlen waren in jedem Jahr wesentlich besser als der Finanzplan. Bester Beweis: Für das Haushaltsjahr 2013 weist der Bericht ein angebliches Minus von 597.000 € aus. Das Haushaltsjahr 2013 ist aber längst abgeschlossen. Das Ergebnis: Kein Minus! Ich frage mich also, weshalb man hier auf Zahlen aus Plänen zurückgegriffen hat, die erkennbar überholt sind, statt tatsächliche Zahlen zu verarbeiten. Auch das ist ein weiterer, offenkundiger methodischer Mangel des Gutachtens. Im Übrigen sind laut Gutachten im Haushaltsjahr 2016 und 2017 Kapitaleinlagen von 3 Mio. € und 2,5 Mio. € eingeplant. Wenn diese Einlagen zahlenmäßig auf 2,3 Mio. € reduziert werden, wie in all den anderen Jahren, ist die Finanzierungslücke mehr als geschlossen. Auch dies zeigt, wie fehlerhaft das Gutachten erstellt wurde.

Mangel 10: Feststellungen zum Verlustausgleich

Auf Seite 26 ist festgehalten, dass es sich bei den Zahlungen der Stadt in Höhe von jährlich 2,3 Mio. € um reine Zahlungen zum „Verlustausgleich“ handelt. Auch das ist falsch. In diesem Betrag sind jährlich Hunderttausende von Euro für die Tilgung beim Bulmare enthalten, insgesamt bisher rund 3 Mio. €. Und Tilgung bedeutet: Vermögensbildung, sprich Schaffung von Aktiva, die im Gutachten zu berücksichtigen wären.

Mangel 11: Feststellungen zu Einnahmen und Ausgaben und der „freien Spitze“

Auch die Simulation der Einnahmen- und Ausgabensituation (Seite 25 und 37) steht auf keiner soliden Basis. Die Entwicklung Finanzplan/tatsächliche Zahlen hat in der Vergangenheit gezeigt, dass die tatsächlichen Zahlen jeweils wesentlich besser waren als im Finanzplan vorhergesagt. Die überaus positive Entwicklung der Steuer- und Umlagekraft ist sicher ein Grund für diese Entwicklung, die klar gegen die Richtigkeit der „Simulation“ spricht. Selbst das Gutachten räumt ein, dass bei einer Einnahmensteigerung von 2 % und einer Kostensenkung von 2 % eine positive freie Spitze zu erreichen ist. Es heißt dazu wörtlich: „Es lässt sich feststellen, dass der Stadt Burglengenfeld bei einer Einnahmenerhöhung von 2 % und ab einer Kostensenkung von ca. 2 % eine positive freie Spitze zur Verfügung steht, um außerordentliche Tilgungen der Darlehen vorzunehmen.“ Dieses Ziel ist u.E. erreichbar, wenn man es so macht wie Ihr Vorgänger, Herr Bürgermeister. Wenn allerdings die neue Stadtspitze die Politik der Kostensteigerung fortsetzt (allein bei Personalkosten einige Hunderttausend Euro jährlich mehr), wird es schwierig, dieses Ziel zu erreichen, das ist richtig. Ein Versagen in diesem Punkt kann aber nicht dem alten Stadtrat angelastet werden, sondern bestenfalls dem neuen. Wie wenig diese Simulationen wert sind, wird einem auch klar, wenn man sich den letzten Prüfungsbericht des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes ansieht, der im Mai 2013 im Stadtrat behandelt wurde. Wörtlich steht dort zu lesen: „Die Stadt verfügte in allen Berichtsjahren über eine angemessene freie Finanzspanne.“ Diese Aussagen widerlegen die Hochrechnungen der KPMG und bestätigen unsere Ausführungen.

Mangel 12: Feststellungen zu Zinstauschgeschäften (Swaps)

Der Kämmerei fehlendes Fachwissen zu unterstellen – so wie im Entwurf enthalten – ist ungehörig, auch wenn diese Passagen zwischenzeitlich entfernt wurden. Aufhören ließ uns weiter, dass die Zinstauschgeschäfte und die fachmännische Beratung durch das Büro MAGRAL im nun vorliegenden endgültigen Entwurf kein „Teufelszeug“ mehr sind und auch die KPMG zu der Feststellung gelangt: „Hierbei ist festzuhalten, dass die Zinsgeschäfte insgesamt wirtschaftlich erfolgreich waren“ (Seite 64). Das ist erstaunlich, denn es ist noch nicht so lange her, da wurden wir wegen dieser Zinstauschgeschäfte als Zocker und Spekulanten beschimpft. Die KPMG hat hier die „Front begradigt“ im Vergleich zu den Vorentwürfen. Jetzt bezweifelt plötzlich niemand mehr, dass wir uns dadurch Hunderttausende von Euros gespart haben. Zum Abschluss noch eine erfreuliche Anmerkung. Selbst dieses Gefälligkeitsgutachten beweist, dass die jahrelangen Aussagen von Josef Gruber zu der Höhe der Verschuldung, zu der Höhe der jährlichen Tilgungsleistungen, zu den Zinssicherungsgeschäften (Swaps) und auch zum Schweizer Franken-Kredit falsch waren.

Fazit der BWG

Das vorliegende Papier ist ein bestelltes Gefälligkeits- bzw. Tendenzgutachten. Seine Aussagekraft ist sehr gering: Es enthält keine neuen Erkenntnisse und keine belastbaren neuen Zahlen und ist daher auch keine brauchbare Arbeitsgrundlage für die künftige Finanzpolitik. Das Gutachten ist keine objektive Betrachtung der Finanzsituation zum Zeitpunkt der Amtsübergabe von Heinz Karg an Thomas Gesche, sondern qua Prüfungsauftrag eine Simulation bei verschlechterten Rahmenbedingungen. Dazu wurden Hochrechnungen erstellt, die u.E. auf falschen Zahlen basieren. Und um die Verwirrung komplett zu machen, wurden die Zahlen aus unterschiedli-

chen Zeiträumen und unterschiedlichen Rechnungssystemen (Kameralistik für die Stadt und Doppik für die Tochterunternehmen) über den gleichen Kamm geschoren. Das Gutachten ist eine Handreichung für die Finanzpolitik der Herren Gruber und Glatz und wird Burglengenfeld weiteren Schaden zufügen. Das Motiv war, den guten Ruf von Bürgermeister a.D. Heinz Karg zu zerstören. Dabei nimmt man sogar eine existenzbedrohende Diskussion des Bulmare in Kauf. Gegen diese „Harakiri“-Politik wehrt sich die BWG mit allen Kräften, denn Fakt ist und damit werden alle Hochrechnungen im Gutachten widerlegt: Die Entwicklung der Stadt in den letzten 20 Jahren ist positiv. Wachsende Bevölkerung, mehr Arbeitsplätze, steigende Umlage- und Steuerkraft, eine mustergültig ausgebaute Infrastruktur mit Kinderkrippen und -gärten, neue Schulen, Freizeit- und Betreuungseinrichtungen usw. sprechen für sich.

Die positive Gesamtentwicklung der Stadt – und dazu gehört auch die Einnahmesituation – wurde mit keinem Wort gewürdigt und wird im Gutachten schlicht ausgeklammert und ignoriert. Aus all diesen Gründen muss ich feststellen: Das Geld, das für das Gutachten aufgewendet wird, war Verschwendung von Steuergeldern. All unsere Bedenken wurden leider bestätigt.

Bürgermeister Gesche: Werter Herr Kollege, wir nehmen Ihre abenteuerlichen Ausführungen zur Kenntnis. Ich könnte jetzt auf jeden einzelnen Punkt eingehen und jeden einzelnen Punkt widerlegen, das habe ich aber nicht vor. Ihre Sichtweise auf die Dinge offenbart nämlich nichts Neues und vor allen Dingen nichts Richtiges. Und vor allen Dingen es ändert nichts den Fakten. Aber eins lassen Sie sich sagen und zwar, dass Sie die diffamierenden Aussagen wie z.B. das jemand den Horizont nicht für gewisse Aussagen hätte, ganz sicher für sich behalten können. Ich denke, dass die Herren von KPMG Einiges zu Ihren Ausführungen zu sagen haben.

Herr Sebacher: Ich sehe Ihre Äußerungen und Ausführungen rein politisch in Form von Vorwahlkampfaktiken etc. motiviert und aus dem Grund werden wir uns hierzu nicht äußern.

Bürgermeister Gesche: Herr Gruber bitte.

Stadtrat Gruber: Wir als Fraktion möchten Klarheit haben und haben deshalb ein Prüfgutachten in Auftrag gegeben, um uns Klarheit über die Finanzsituation der Stadt zu verschaffen. Dieses Gutachten liegt nun vor und dieses Gutachten ist inhaltlich aus meiner Sicht – ich war schon immer etwas vorsichtig in meiner Bewertung – höchst Besorgnis erregend. Es ist aber auch sehr aufschlussreich. Es ist in der Diktion aus meiner Sicht völlig klar und die Empfehlungen sind absolut logisch und nachvollziehbar. Daher möchte ich als erstes Ihnen, Herr Sebacher, und Ihrem Team für diese Arbeit meinen Dank aussprechen. Weil ich glaube, dieses Gutachten ist geeignet, dass wir eine gemeinsame Basis nun haben, damit wir z.B. bei den bevorstehenden Haushaltsaufstellungen, jetzt sofort, aber auch dann bei späteren Entscheidungen über Finanzfragen, doch einen Konsens erreichen und eine Ausgangsposition haben.

Und aus meiner Sicht geht es hier vorrangig um zwei große Bereiche. Es geht um zwei prekäre, wirklich prekäre Situationen für unsere Stadt. Was ist das? Das ist als

erstes der hohe Schuldenstand. Ich muss jetzt doch ein bisschen mehr dazu ausführen. Diese Schulden sind ja nicht aus langer Zeit überliefert, sondern diese Schulden sind entstanden in den letzten 24 Jahren. Ich habe nachgesehen im Haushalt 1991, zu Hause, weil das letzte Mal diese Zahl auch angezweifelt wurde, es waren 13,16 Mio. Euro Schulden, D-Mark, Entschuldigung, D-Mark Schulden bei Amtsübergabe von Hr. Bawidamann an Heinz Karg. Und dieser Schuldenstand hat sich im Laufe von 24 Jahren beinahe verzehnfacht. Damit gehören wir im Vergleich, weil vielleicht nicht jedem die Zahl 62 Mio. unbedingt etwas sagt, für eine städtische Verschuldung, damit gehören wir an die absolute Spitze Bayerns, was die Pro-Kopf-Verschuldung anbelangt.

Ich habe das vor einigen Jahren mal recherchiert, da gab es ein Mail-Adresse, die hieß „Wegweiser Kommune“ von der Bertelsmann-Stiftung, und da konnte man die Schulden raus lesen. Diese ist leider nicht weitergeführt worden, diese Website, und da konnte man raus lesen, und da habe ich raus gelesen, damals waren wir – ich glaube – an 9. Stelle aller 3000 Kommunen in Bayern.

Wir gehören zur absoluten Spitze, was die Verschuldung anbelangt. Ich war heute in der Stadt Vohenstrauß – 1,5 Mio. Schulden inklusive Töchter. Wenn wir die Nachbarstädte anschauen, irgendwo, ich weiß es nicht genau, vielleicht bei 15 Mio. Euro Schulden um den Dreh. Auf jeden Fall ein Bruchteil von dem, was wir an Schulden haben. Und nun weil immer gesagt wurde, seit 2006 keine Neuverschuldung. Beim Wahlkampf 2008 haben wir eine Wahlkampfuhr in ein Schaufenster gestellt. Eine Uhr – eine Euro-Uhr /Schuldenuhr – und diese Uhr/ Schuldenuhr stand auf 50 Mio. Euro. Das wurde höchst angezweifelt, dass wir 50 Mio. Euro Schulden hätten. Wir wurden dafür beschimpft, dass wir dort schreiben: Die Stadt hat 50 Mio. Schulden. Das war 2008. Heute haben wir 62 Mio. Euro Schulden. Und weil gerade von meinem Vorredner diese 62 Mio. in Frage gestellt wurden: Er hat selbst von 28 Mio. Euro und 6 Mio. Währungsverlusten gesprochen. Nun, für mich ist weniger interessant der 31.05., sondern das, was wir jetzt haben. Das ist auch aus dem Gutachten daraus hervorgegangen.

Es hat leider den 15.01.2015 gegeben. Wir haben an einem Tag 4,5 Mio. Euro zusätzliche Schulden bekommen durch die Schweizer-Franken-Kredite. Dadurch, dass die Schweizer Nationalbank ihre Bindung an den Euro aufgegeben hat. Das ist die zweite prekäre Situation. Nicht nur, dass dieser hohe Schuldenstand eigentlich kaum noch zu stemmen ist – ja ich sag‘ noch was dazu – wir haben durchschnittlich jedes Jahr zwei Mio. Euro draufgepackt. Bloß, das nannte sich nicht mehr „Neuverschuldung“, sondern es wurden einfach die Schulden beim Bulmare erhöht. Das Bulmare ist für 15 Mio. gebaut worden und hat aktuell einen Schuldenstand, der bewegt sich zwischen 27 und 28 Mio. Euro Schulden. Und die werden dort draufgepackt und in der Stadt wird es als „Überschuss“ und „Gewinne“ verkauft, das, was hier erwirtschaftet wird. Aber hier wurde bei weitem nicht das erwirtschaftet, was draußen bei den Töchtern draufgepackt wurde. Wir haben zwei Drittel unserer Schulden nicht im städtischen Haushalt, sondern zwei Drittel der Schulden sind ausgelagert auf Töchter.

Über viele Jahre hinweg wurde überhaupt geleugnet, dass die Stadt überhaupt etwas mit den Töchtern zu tun habe. Erst als wir dann zum ersten Mal für das Bulmare 1,3 Mio. Euro in den Haushalt einstellen mussten, dann war es jedem klar: Die Stadt hat etwas mit dieser Verschuldung zu tun. Das heißt also: Auch in der letzten Legislaturperiode ist der Schuldenstand von ca. 50 Mio. auf 62 Mio. angewachsen. Das bittere an diesem anwachsen war allerdings, dass wir keinen Gegenwert dafür erhalten haben. Weil es ausschließlich Verluste waren, Währungsverluste aus den Schweizer-Franken-Krediten. Und das ist das eigentliche große Problem. Wenn man eine Stadt zukunftsfähig machen möchte, dann muss man auf schwierige Situationen vorbereitet sein. Ich brauche mich nicht auf die Situation vorbereiten, wenn sich der Schweizer Franke sehr günstig entwickelt. Damit kommen wir gut zu Recht für uns. Wenn sich aber das Währungsverhältnis zwischen Euro und Schweizer Franken weiterhin verschlechtert, das ist die Situation, auf die ich als Stadt vorbereitet sein muss. Die Zukunft kann man nicht vorher sagen. Das ist klar. Aber man kann sich auf die Zukunft vorbereiten und das ist ein großer Unterschied. Ob ich sage: Ich treffe eine Vorhersage. Oder: Ich bereite mich auf die Zukunft vor. Was können wir tun, um uns auf die Zukunft vorzubereiten?

Aus meiner Sicht muss als erstes diese sehr prekäre Situation mit dem Schweizer Franken, mit dem Wechselkurs, weg. Weil das völlig außerhalb unseres Einwirkungsvermögens sich bewegt. Wir haben keinerlei Einfluss darauf, ob wir im nächsten Jahr weitere 10 Mio. Euro Schulden haben, oder ob es sich vielleicht positiv entwickelt. Eine Stadt muss die Finanzhoheit in eigenen Händen haben, nach größten Möglichkeiten, und darf nicht die Finanzhoheit an globale Wirtschafts- und Finanzunternehmen abgeben. Und genau das haben wir gemacht. Wir haben die Finanzhoheit nicht mehr in eigenen Händen. Denn niemand von uns hätte freiwillig 10 Mio. Euro hergegeben, ohne Gegenwert. Nun ist natürlich die Frage: Was tut man? Und da gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder, man sichert diese Schweizer Franken Kredite entsprechend ab, was aber so teuer ist, dass es dann hinterher nicht mehr rentierlich ist. Und wenn hier immer von Zinsgewinnen gesprochen wurde, dann war das kein Zinsgewinn, den man als Gewinn verbucht, sondern dieser Zinsgewinn wurde erkaufte regelrecht. Er wurde erkaufte mit einem erhöhten Risiko, denn man hätte ja auch beim Abschluss die Schweizer-Franken-Kredite absichern können. Bloß, hätte man sie abgesichert, dann wären sie von vorneherein teurer gewesen, als die Euro-Kredite. Man hat sie bewusst nicht abgesichert. D.h., man hat sich diesen Zinsvorteil erkaufte mit einem höheren Risiko.

Und der Preis, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist gigantisch hoch. Wir haben einen minimalen Zinsvorteil mit einem Risiko erkaufte, das wir jetzt ganz, ganz teuer bezahlen müssen – nämlich 10 Mio. Euro. Und wir stehen jetzt bloß vor der Frage, vor der steht man jeden Tag neu, weil man nicht weiß, wie sich das Ganze entwickelt: Was machen wir den künftig? Lassen wir's weiterhin so laufen? Gehen wir weiterhin dieses Risiko? Nehmen wir in Kauf, wenn jetzt sehr viele EZB-Gelder auf den Markt kommen, die sich ja unter Umständen auf die Wechselkurse auch auswirken,

auf den Dollar-Wechselkurs hat es sich schon ausgewirkt und, ich bin kein Banker, aber ich traue den Schweizern durchaus zu, dass sie momentan mit Stützungskäufen den Franken noch in der Ebene halten, damit der nicht noch weiter steigt gegenüber dem Euro. Wenn das passiert, dann könnte ein 15. Januar wieder kommen. Und wir könnten in ein, zwei, drei Monaten womöglich wieder vor der Situation stehen, dass die nächsten 5 Mio. Euro fällig werden an Wechselkursrisiken. Wir haben keine Handhabe darüber. Es ist uns völlig außer Kontrolle geraten dieses System. Und da meine ich, nach meiner Auffassung, wäre es absolut sauber, das zu machen, das was viele andere Städte bereits gemacht haben. In Sachsen ohnehin, aber was jetzt auch Ingolstadt gemacht hat, zu sagen: Ok, wir können es nicht mehr ändern, das dieses Wechselkursrisiko zugeschlagen hat. Aber wir machen reinen Tisch und wir nehmen die wirtschaftliche Revision und die wirtschaftliche Revision heißt: konvertieren in Euro, weil man jetzt schon weiß, dass allein die Wechselkursabsicherung 1,3 Mio. Euro pro Jahr kosten würde. Wenn man die Bulmare-Schulden in Schweizer Franken belässt und das Wechselkursrisiko absichert, das ist weit mehr, als wir an Zinsgewinn aus den Schweizer Franken jemals rausholen können.

Ich ersuche deshalb und werde das auch mit einbringen in den Gremien, dass man sich das genau anschaut. Emotionslos, wirtschaftlich, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten anschaut und unsere Stadt robust macht für die Zukunft. Wieder beherrschbar macht. Wir müssen wieder Herr im eigenen Haus werden. Das können nicht globale Banker sein. Sondern wir müssen die Entscheidungshoheit über unser Haus wieder bekommen. Das sind meiner Ansicht nach diese beiden wirklich prekären Punkte: Höchstschuldenstand abbauen mit einem festen Tilgungsplan. Und die Risiken zurück nehmen.

Zur dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt vielleicht noch etwas, weil ich an dieser Diskussion ja oftmals in jeder Stadtratssitzung auch beteiligt bin. Ich habe auch schon dem Herrn Burmberger einmal geschrieben über die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt. Da gibt es ganz einfach eine haushaltstechnische dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt. Und die haushaltstechnische dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt ist eben genau definiert. Das ist vorher schon angesprochen worden. Das ist die Mindestzuführung. Sobald die Mindestzuführung erreicht ist, ist der Haushalt nicht mehr genehmigungspflichtig und wird automatisch die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt angenommen. Aber ich denke, so kann es ja wohl nicht sein, dass wir jedes Jahr bei den Töchtern zwei Mio. drauf packen und so tun, als ob die dauernde Leistungsfähigkeit gegeben wäre. Die ist nämlich irgendwann nicht mehr gegeben. Und da muss ich jetzt doch den Vergleich mit Griechenland bemühen: Griechenland wenn am 28. März wieder neue Gelder bekommt, dann wird es wieder handlungsfähig sein. Selbstverständlich. Dann sagen die auch, sie sind wieder handlungsfähig. Obwohl sie natürlich in Wahrheit immer bloß Schulden wieder drauf packen. Und bei einer Kommune ist es eben so, da haftet die ganze Kommune dafür, haftet dann der Kreis dafür oder auch das Land dafür. Das heißt, die Bank wird uns immer wieder Geld geben, völlig klar, weil es ja immer jemand gibt, der dafür gerade steht. D.h., wir werden de facto die dauernde Leistungsfähigkeit nie verlieren. Weil

wir immer wieder Geld bekommen. Aber irgendwann müssen halt diese Schulden bezahlt werden. Und dann weiß ich nicht, wie das genau passieren soll. Selbstverständlich haben wir auch Ideen (die wurden auch mit angesprochen), ob wir für das Bad z.B. jemand anders mit ins Boot holen, das ist äußerst schwierig. Das ist ganz klar. Das gleiche gilt für Bedarfszuweisungen oder Stabilisierungshilfen des Freistaates Bayern. Auch sowas gibt es. Aber dazu muss man in der Regel erst einmal sich zu seinen Schulden bekennen und muss erst einmal klarlegen, dass man auch wirklich einen Bedarf hat. Sonst bekommt man halt keine Bedarfszuweisungen. Und ich denke, je früher wir einsteigen, umso eher schaffen wir das. Und wir müssen einsteigen, weil das die Verantwortung vor der nächsten Generation verlangt. Vielen Dank.

Bürgermeister Gesche: Vielen Dank Herr Gruber.

Stadtrat Beer zitiert aus seiner Vorlage:

Eine Frage zu Punkt C, bei dem Abschnitt Beurteilung und Empfehlung Bulmare. Da heißt es, Verkauf oder Beteiligung von umliegenden Gemeinden. Unsere Frage, wurde mit den umliegenden Gemeinden im Vorfeld schon mal gesprochen? Ist ja auch schon Thema im Wahlkampf gewesen.

Bürgermeister Gesche: Ja, mit einzelnen Entscheidungsträgern ist gesprochen worden und schriftliche Anfragen sind auf den Weg.

Stadtrat Beer: Dieses Gutachten brachte für uns nichts wirklich Brauchbares für die jetzige Stadtratsarbeit an den Tag. Der Schuldenstand war bekannt, und es wurden auch keine expliziten Empfehlungen ausgesprochen, sondern nur immer mehrere Varianten an Ratschlägen erteilt in dem Gutachten. Was wir vermissen in dem Gutachten ist, dass es keine Gegenüberstellung der Vermögenswerte der Stadt gibt, wie z.B. Feuerwehr, Bauhof, Schulen, Kindergärten, Stadthalle. Was aber bestätigt wurde, für manche wahrscheinlich bedauerlicherweise, ist, dass die Beschlüsse der Vergangenheit rechtlich in Ordnung waren, wie z.B. Umwandlung der Darlehen in Schweizer Franken, oder gewisse Bauprojekte, die in dem Gutachten besonders untersucht wurden. Was uns stört ist, dass sich dieses Gutachten größtenteils nur auf die vorherigen Stadtratsperioden bezieht und keine exakte Empfehlung ausgesprochen wird, wie wir die Schuldentilgung in allen Stadtorgangen jetzt und in der Zukunft handhaben sollen. Sehr bedauerlich finden wir, dass das Bulmare zwecks dem Gutachten in der Öffentlichkeit sehr schlecht geredet und die Bevölkerung unnötigerweise verunsichert wurde. In unseren Augen strahlt dieses Gutachten keine Neutralität aus, sondern ist nur auf das Wunschdenken gewisser Personen zugeschnitten. Die Freien Wähler Land waren von Anfang an gegen dieses Gutachten und sehen uns bestätigt, dass wir uns diese Kosten in Höhe von 72.000 Euro netto (wenn es überhaupt reicht) sparen hätten können. Wir, und damit meine ich den gesamten Stadtrat, sollten uns jetzt gemeinsam und zwar schnellstens um eine ernsthafte Schuldentilgung bemühen, und nicht uns immer mit abgelaufenen Nebenkriegschauplätzen aufhalten. Die Schulden sind nun mal da und wir können sie halt nicht

einfach weg reden.

Stadtrat Krebs: Die SPD hat immer gesagt, wir werden dann Stellung nehmen, wenn drei Geschichten gegeben sind. Erstens: Aussagefähige Ist-Analyse des gegenwärtigen finanziellen Zustandes, hier fehlen, wie wir heute erfahren haben, noch die Aktiva. Zweitens: mehrere fundierte Bankangebote. Drittens: ein Plan für das Ausstiegsszenario, deshalb werde ich es mir heute ersparen. Ich möchte den Kollegen, die vorher gesprochen haben, im Detail auch nicht widersprechen, aber auch nicht Recht geben. Wir wollen eine verlässliche Grundlage und stellen deshalb viele Fragen. Ich weiß, das lästige Fragen nicht sehr angenehm sind. Trotz allem erlauben Sie mir jetzt einmal die Stellungnahme, dass Gereiztheit, Zynismus, Aggression und Drohgebärden gegenüber dem Stadtrat uns allen nicht weiterhelfen. Es gibt keine dummen Fragen und es mag auch der Jugend des Kollegen Schwarz geschuldet sein, dass er parallel per/hier Facebook bedient, und ich darf hier zitieren: *“eins ist fraglich bei der heutigen Sitzung arbeiten wir alle am gemeinsamen Wohl“ der Stadt.* Herr Bürgermeister, richten Sie dem Kollegen aus: Wir sind absolut am Wohl der Stadt interessiert.

Die SPD versucht ständig Fakten mit wirklich lächerlichen Fragen unter den Tisch zu kehren, richten Sie doch bitte dem Kollegen aus, dass wir keine lächerlichen Fragen stellen, sondern ernstgemeinte. Mag sein, dass manche dumm sind, aber da ist wieder der Rückschluss: Es gibt keine dummen Fragen.

Da wird versucht, die Arbeit einer der renommiertesten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in Frage zu stellen, das wollen wir sicherlich nicht. Wir nehmen sie ernst. Wir nehmen ihr Gutachten ernst und wir fragen ernsthaft.

Und dann mit sieben oder sechs Ausrufezeichen, *arbeitet doch endlich mal an den vorhandenen Fakten zum Wohle der Stadt,* auch deshalb fragen wir, um diese Fakten zu bekommen.

Herr Bürgermeister, wir haben uns im Frühsommer zu Gesprächen, 2014 haben Sie uns darüber informiert, dass Sie die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt- und Tochterunternehmen durch einen externen Experten planen. Da die SPD dies auch in ihrem Wahlprogramm hatte, stimmten wir selbstverständlich hier zu. Darüber hinaus informierten Sie uns, dass es auch mit dem kommunalen Prüfungsverband Kontakt aufgenommen haben, die die städtischen Finanzen ebenfalls umfassend überprüfen sollten. Diese Prüfung werde aber erst zum Jahresbeginn 2015 erfolgen können, so der damalige Stand. Auch wegen diesen Zeitaspektes schien es uns, um möglichst bald Klarheit zu haben, die Beauftragung einer unabhängigen Prüfungsgengesellschaft nur vernünftig. Am 24.09.2014 erteilte der Stadtrat den Auftrag zur Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt und der städtischen Unternehmen. Laut Beschluss wurde der Auftrag der KPMG erteilt. Laut Sachdarstellung ging man nach damals vorliegenden Informationen von einem Auftragsvolumen in Höhe von 60.000,00 € zuzüglich Mwst. aus. Am 31.10.2014 fand dieses wiederholt

erwähnte Treffen statt, erstmals auch mit den Vertretern der KPMG, in dem uns unter anderen zur Aussicht gestellt wurde, dass ein Teil des Gutachtens zur Beurteilung der Fremdwährungskredite und der finanziellen Gesamtsituation bis spätestens Anfang Dezember vorliegen werde, und das Gesamtgutachten bis zum Ende des Jahres 2014 vorliegen werde. Verehrter Bürgermeister, ist das Gutachten für Sie eine Chefsache?

Bürgermeister Gesche: Ja.

Stadtrat Krebs: Wie oft hatten Sie seit der Auftragserteilung in der Woche Kontakt zu KPMG und wurden Sie wöchentlich über den Fortschritt der Arbeiten informiert?

Bürgermeister Gesche: Regelmäßig.

Stadtrat Krebs: Das kann auch einmal im Monat sein.

Bürgermeister Gesche: Nein, regelmäßig.

Stadtrat Krebs: Wann wurden Ihre Amtsleiter über die Details der Auftragsvergabe informiert?

Bürgermeister Gesche: Kurz nach Erteilung des Auftrages des Gutachtens.

Stadtrat Krebs: Haben Sie umfassend, persönlich und regelmäßig mit den Amtsleitern und Geschäftsführern bzw. Vorständen der Tochterunternehmen sich zusammengesetzt, um die Anforderungen genau an die Amtsleiter und die Vorstände zu formulieren?

Bürgermeister Gesche: Federführend war hier Herr Wittmann, mit ihm wurde regelmäßig gesprochen und er hat es auch regelmäßig transportiert.

Stadtrat Krebs: Wann wurden die ersten Gespräche von KPMG und den Amtsleitern bzw. Verantwortlichen der Tochterunternehmen geführt?

Bürgermeister Gesche: Das müssen wir nachvollziehen.

Stadtrat Krebs: Wurden diese Gespräche häufig geführt? Und wie viele davon persönlich bzw. telefonisch?

Bürgermeister Gesche: Wir haben kein Aktivitäten-Protokoll geführt. Und wenn Sie mit den Detailfragen fertig sind, führe ich noch etwas aus.

Stadtrat Krebs: Als die ersten Entwürfe da waren, haben Sie sich sofort mit der Geschäftsführung bzw. Vorständen der Tochterunternehmen zusammengesetzt und sind das Gutachten mit Ihnen ausführlich durchgegangen?

Bürgermeister Gesche: Die Koordination lief über Herrn Wittmann. Mit diesem wurde es regelmäßig und sofort besprochen und über die weiteren Amtsleiter, Geschäftsführer und Vorstände kommuniziert worden.

Stadtrat Krebs: Wie haben Sie von den Verzögerungen des Gutachtens erfahren und wie haben sie reagiert?

Bürgermeister Gesche: Schriftlich und telefonisch erfolgten diese Informationen regelmäßig durch die KPMG.

Stadtrat Krebs: Vor zwei Wochen wurde der Entwurf vorgelegt. Wann gab es die nächste ausführliche Amtsleiterbesprechung zu diesem Thema?

Bürgermeister Gesche: Die Besprechung erfolgte mit Herrn Wittmann und dadurch mit den Amtsleitern.

Stadtrat Krebs: Fanden Sie es für richtig, den Entwurf dem Stadtrat vorzulegen, ohne dass Ihre Amtsleiter und Ihre Tochterunternehmen Zeit und Gelegenheit hatten, fundiert Stellung zu nehmen?

Bürgermeister Gesche: Sie hatten Zeit, Stellung zu nehmen, und eines darf hier nicht vergessen werden, nämlich dass eine Entscheidung über mögliche Prolongierungen der Schweizer Franken anstand und deshalb, das war der eigentliche Grund, der Entwurf Verwaltungs- und Aufsichtsräten ausgehändigt wurde. Von da hatte der Entwurf den Weg zur Presse gefunden, d.h., dass hier Schweigepflichten gebrochen wurden.

Stadtrat Krebs: Meine Frage ging um den letzten Mittwoch, bzw. die Vorstellung des Entwurfes, als wir den Entwurf auf den Tisch gelegt bekommen haben.

Bürgermeister Gesche: Er wurde unmittelbar und vollständig an die Geschäftsführer und Amtsleiter weitergeleitet.

Stadtrat Krebs: Sie hatten vorher ausreichend Zeit sich mit dem KPMG-Gutachten zu befassen?

Bürgermeister Gesche: Sie wurden mehrmals schriftlich dazu aufgefordert.

Stadtrat Krebs: Meine letzte Frage, wann kommt der Kommunale Prüfungsverband?

Bürgermeister Gesche: Nach Abschluss der KPMG. Wir können es aber so nicht bestimmen.

Ich möchte hier noch Einiges ergänzen: Die Vermögenserfassung wurde im Jahr

2006 begonnen, sie ist bis heute nicht fertiggestellt, deswegen, weil das Ergebnis nicht so war, wie sich Herr Bürgermeister a.D. Heinz Karg das gewünscht hat, wurde das Ganze über Jahre hinweg verzögert. Man sieht, wie lange so etwas dauern kann. Die Erstellung des Gutachtens zum Bulmare über mögliche Baumängel wurde im Jahr 2008 begonnen, ist bis heute nicht endgültig abgeschlossen und nicht geklärt. Die Staatsanwaltschaft hat in Sachen Datenaffäre verlauten lassen, im Herbst werden die Ermittlungen abgeschlossen, dann hieß es Weihnachten werden die Ermittlungen abgeschlossen bzw. im Februar. Leider sind sie noch nicht fertig. Man sieht, wie lang solche Prozesse dauern mit solchen komplexen Themeninhalten. Und dafür haben wir sehr schnell, ein sehr aussagekräftiges, gutes und hochqualifiziertes Gutachten erhalten. Es war Chefsache und bleibt Chefsache!

Herr Sebacher: Sowohl für die personellen Besetzung als auch unserer persönlichen Einbringung von meinem Kollegen Herrn Scheckenhofer als Auftragsmanager und von meiner Person als Auftragspartner hatten wir ein sehr hohes Engagement und eine sehr hohe persönliche Einbindung in die Prüfungsdurchführung und Berichterstattung.

Ende des öffentlichen Teils



Agenda

I	Prüfungsauftrag und –durchführung
II	Wirtschaftliche Situation und Handlungsempfehlungen
III	Entscheidungen durch Stadtrat
IV	Nichtöffentlicher Teil: Verschwiegenheit und gesetzliche Verpflichtungen

Prüfungsauftrag und –durchführung (1)

Stadt Burglengelfeld

– im Folgenden auch kurz „Stadt“ oder „Burglengelfeld“ genannt –

hat uns am 29. September 2014 den Auftrag erteilt, eine Interne Revision durchzuführen.

- Zur Erstellung des Haushaltsplans 2014, welcher am 30.7.2014 beschlossen wurde, konnten nicht alle relevanten Fragen des neu gewählten Bürgermeisters und Gemeinderats geklärt werden, um nachhaltige Entscheidungen hinsichtlich einer Konsolidierung und weiterer erforderlicher Maßnahmen zu treffen.
- **Zielsetzung** unserer Beauftragung war, die Transparenz zu verbessern und die aktuelle Sachlage zu dokumentieren, eine Bestandsaufnahme durchzuführen, eine Beurteilung vorzunehmen und soweit erforderlich, Empfehlungen zu unterbreiten. Im Gemeinderat wurden diese Anforderungen unter dem Stichwort „Kassensturz“ eingefordert.

Prüfungsauftrag und –durchführung (2)

Gegenstand unserer Beauftragung war:

- die Analyse der wirtschaftlichen/finanziellen Ist-Situation des Auftraggebers einschließlich der Stadtwerke und Tochtergesellschaften
- die Analyse und Beurteilung des Internen Kontrollsystem (IKS) zur Erstellung des konsolidierten Jahresabschlusses bis zum Erlass der Haushaltssatzung
- eine Risikoanalyse der Zinswährungsswaps
- die Revision von größeren Investitionen sowie
- die Ableitung von Handlungsempfehlungen, eine Schlusspräsentation und Berichterstattung.

Dem Auftrag liegen die **Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften** in der Fassung vom 1. Januar 2002 zu Grunde. Unsere Haftung richtet sich nach Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

Prüfungsauftrag und –durchführung (3)

- Während der Durchführung wurden wir vom 1. Bürgermeister und den Stadträten gebeten, dezidierte Fragen und Sachverhalte weiter zu untersuchen
- Von der beruflichen Pflicht zur Verschwiegenheit wurden wir für die heute öffentliche Sitzung entbunden

Wirtschaftliche Situation und Handlungsempfehlungen

Finanzplanung Stadt Burglengenfeld

- Fünfjährige Finanzplanung
- dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune an Hand einer groben Einnahmen- und Ausgabenprognose dargestellt
- besteht aus Finanzplan und Investitionsprogramm
- rollierend
- Berücksichtigung von Ausgaben für Tochter- und Enkelunternehmen im Planungszeitraum

Vorbericht

Vorbericht
zum
Haushaltsplan
der Stadt Burglengenfeld

- gibt Auskunft über wichtige Aspekte der Finanzlage, die nicht im eigentlichen Haushaltsplan stehen (Transparenz)
- kritische Bewertung der finanziellen Entwicklung aus Sicht der Verwaltung
- Tochter- und Enkelunternehmen sind zu berücksichtigen

Aufzeigen von Risiken und Perspektiven

- Langfristiger Planungszeitraum
- Risiken
 - Nachhaltige Verluste (Bulmare GmbH)
 - bislang keine Tilgungsplanung (Entschuldung) über Nutzungsdauer (Bulmare GmbH)
 - Währungskursrisiken bei CHF-Darlehen
 - Zinsänderungsrisiken bei nicht „perfektem Hedge“
- Empfehlung
 - Nachhaltige Überwachung
 - Verankerung im Vorbericht

© 2012 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied der KPMG-Netzwerk unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Cooperative („KPMG International“) einer juristisch getrennten Person schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Schuldenstand - Verbindlichkeiten

Per 31.12.2013

	Verb. gegenüber Kreditinstituten < 1 Jahr	Verb. gegenüber Kreditinstituten > 1 Jahr	Übrige Verbindlichk. < 1 Jahr	Übrige Verbindlichk. > 1 Jahr	Verbindlichkeiten gesamt
Stadt BLF	0,00 €	18.758.000,00 €	0,00 €	0,00 €	18.758.000,00 €
SWB	3.709.543,19 €	9.344.853,38 €	748.948,00 €	1.546,00 €	13.804.890,57 €
Bulmare	1.751,42 €	22.741.501,59 €	596.585,00 €	165.520,25 €	23.505.358,26 €
Stadtbau	1.896.195,69 €	0,00 €	29.751,72 €	11.011,00 €	1.936.958,41 €
PSB	0,00 €	0,00 €	37.670,80 €	0,00 €	37.671,00 €
Gesamt	5.607.490,00 €	50.844.355,00 €	1.412.956,00 €	178.077,00 €	58.042.878,24 €

© 2012 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied der KPMG-Netzwerk unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Cooperative („KPMG International“) einer juristisch getrennten Person schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Zahlungsverpflichtungen

Zusammenfassung

	EUR Mio.	Geldabfluss/ Zahlungsverpflichtung EUR Mio.
Verbindlichkeiten (per 31.12.2013)		58,0
Erhöhte Rückzahlungsverpflichtung infolge der Frankenaufwertung-Anstieg der Verbindlichkeiten nach Freigabe des Franken-Wechselkurses (per 29.1.2015)		ca. 4,5
Kumulierte, noch nicht ausgeglichene Verluste der Vergangenheit (nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag).	9,8	
Annahme: neben den Währungsverlusten, welche in den Verbindlichkeiten berücksichtigt sind, fallen keine weiteren zahlungswirksamen Beträge an.		0
Barwert zukünftig zu tragender Verluste (Anstieg des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags)	25,6	
davon zahlungswirksam		12,4
GESAMT		74,9

© 2015 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied der KPMG-Netzwerk unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Cooperative („KPMG International“) einer juristischen Person schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Entscheidungen durch Stadtrat

1. Entschuldung

- Eindeutige Bekenntnisse zur Aufrechterhaltung der Bulmare GmbH in der Presse verlautbart
- Festlegung der Entschuldung/Tilgungsplan ausgerichtet an der Nutzungsdauer bei Weiterbetrieb des Bades erforderlich
- Verankerung im Vorbericht

2. Finanzierung

- Abbildung in der langfristigen Finanzplanung
- Langfristige Einplanung im Haushalt
- Entscheidung über die Währung - können Währungsverluste gegenüber den Bürgern vertreten werden?

Empfehlungen

- Die Darstellbarkeit, der Tilgungsverlauf und die Auswirkungen auf den Haushalt sind durch die Stadt zu ermitteln
- Die Ergebnisse fließen in die Finanzplanung ein
- im Vorbericht verankern und fortlaufend überwachen (Umsetzung, Risiken)
- verzahnen mit Risikomanagement / Kontrollsystem / Beteiligungswesen
- Projekt Umstellung auf Doppik

© 2015 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied der KPMG-Netzwerk unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Cooperative („KPMG International“) einer juristischen Person schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Nichtöffentlicher Teil: Verschwiegenheit und gesetzliche Verpflichtungen

Verschwiegenheit Kommunikation der Arbeits- ergebnisse

- Bei der Kommunikation der Ergebnisse aus unserem Prüfungsbericht unterliegen wir den vertraglichen und gesetzlichen Pflichten.
- Insbesondere aus Datenschutzgründen unterliegen wir bei personenbezogenen Erkenntnissen der Verschwiegenheitspflicht. Der Zweck unserer Tätigkeit liegt gerade nicht in der Information der Öffentlichkeit, sondern der internen Willensbildung der Kommune.
- Unser Auftraggeber (Herr Bürgermeister Gesche) wird die Öffentlichkeit in der gebotenen Form sachlich unterrichten.

Weitergabe von Arbeits- ergebnissen

- Unsere Arbeitsergebnisse werden nur im Zusammenhang mit den von uns erbrachten Leistungen im Rahmen dieses Projekts erstellt und sind daher nicht für andere Zwecke geeignet. Der Auftraggeber steht dafür ein, dass die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Dokumente und der Bericht nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.
- Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers. Der jeweilige Dritte muss sich zuvor schriftlich mit der Geltung der aktuellen Allgemeinen Auftragsbedingungen (AAB) einverstanden erklären sowie die Arbeitsergebnisse seinerseits vertraulich behandeln.

Auszug gesetzliche Verpflichtungen

- Alle gesetzlichen Verpflichtungen (einschließlich solcher des Datenschutzrechtes) sowie alle Pflichten, die sich aus den berufsrechtlichen Verschwiegenheitsanforderungen berufsständischer Organisationen ergeben, sind zu erfüllen. (Wirtschaftsprüfer)
- **Relevant für Stadtratssitzung und Informationsübermittlung:** Es gilt die Verschwiegenheitspflicht gemäß Art 20 BayGO.

© 2015 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied der KPMG-Netzwerk unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Cooperative („KPMG International“) einer Vielzahl von Personen schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Backup

© 2015 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied der KPMG-Netzwerk unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Cooperative („KPMG International“) einer Vielzahl von Personen schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Nachhaltigkeit und Plausibilität (1)

- Die **freie Spitze** ist die wichtigste Kennziffer zur Beurteilung eines Kommunalhaushaltes. Sie zeigt an, in welchem Maße die Stadt in der Lage ist, aus den laufenden Einnahmen des Verwaltungshaushaltes Vermögen zu bilden bzw. Schulden zu tilgen.
- Eine **positive freie Spitze** bedeutet, dass die Stadt in der Lage ist, Vermögen zu bilden und Investitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Bei einer **negativen freien Spitze** benötigt die Stadt weitere Mittelzuflüsse (d.h. Kreditaufnahme).

	2013	2014	2015	2016	2017
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Zuführung zum VMH	2.309	3.088	2.443	3.900	2.616
Einlage an SW/Bulmare	/./ 2.300	/./ 2.300	/./ 2.300	/./ 3.000	/./ 2.500
Reale Zuführung	9	788	143	900	116
Mindestzuführung	/./ 608	/./ 678	/./ 683	/./ 688	/./ 688
= Freie Spitze	-597	110	-540	214	-572

- Für die Jahre 2014 bis 2017 liegt insgesamt eine Finanzierungslücke i.H.v. TEUR 788 vor.

© 2015 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied der KPMG-Netzwerk unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Cooperative („KPMG International“) einer juristischen Person schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

11

Nachhaltigkeit und Plausibilität (2)

Simulation der Einnahmen

	Zahlen 2015	+0,5%	+1%	+2%
Simulation				
Einnahmen VWH gesamt	16.205	16.286	16.367	16.529
konstant				
Ausgaben VWH				
Ausgaben VWH (ohne Zuführung zum VMH)	13.762	13.762	13.762	13.762
Zuführung zum VMH	2.443	2.524	2.605	2.767
<i>davon ordentliche Tilgung von Krediten/Mindestzuführung</i>	683	683	683	683
<i>davon geplante Einlagen SWB</i>	2.300	2.300	2.300	2.300
<i>davon freie Spitze</i>	-540	-459	-378	-216
Ausgaben VWH gesamt	16.205	16.286	16.367	16.529

Selbst bei einer Erhöhung der Einnahmen um 2 % liegt noch keine freie Spitze vor. Eine außerordentliche Tilgung von Darlehen ist somit nicht möglich.

© 2015 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied der KPMG-Netzwerk unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Cooperative („KPMG International“) einer juristischen Person schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

12

Nachhaltigkeit und Plausibilität (3)

Simulation der Ausgaben

		Zahlen 2015			
konstant	Einnahmen VWH gesamt	16.205	16.205	16.205	16.205
	Ausgaben VWH		-1%	-2%	-4%
Simulation	Ausgaben VWH ohne	13.762	13.624	13.487	13.212
	Zuführung zum VMH (Residualgröße)	2.443	2.581	2.718	2.993
	davon ordentliche Tilgung von Krediten/ Mindestzuführung	683	683	683	683
	davon geplante Einlagen SWB	2.300	2.300	2.300	2.300
	davon freie Spitze	-540	-402	-265	10
	Ausgaben VWH gesamt	16.205	16.205	16.205	16.205

Die Ausgaben müssen um mehr als 4 % reduziert werden, um eine positive freie Spitze zu erzielen

© 2015 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied der KPMG-Netzwerk unabhängiger Mitgliedsfirmen der KPMG International Cooperative („KPMG International“) einer (unselbständigen) Person schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Nachhaltigkeit und Plausibilität (4)

Überlagerung der Simulation und Analyse der Ergebnisse

		Zahlen 2015	+2%	+2%	+2%
Simulation	Einnahmen VWH Gesamt	16.205	16.529	16.529	16.529
	Ausgaben VWH		-1%	-2%	-4%
Simulation	Ausgaben VWH ohne	13.762	13.624	13.487	13.212
	Zuführung zum VMH	2.443	2.905	3.042	3.318
	davon ordentliche Tilgung von Krediten/Mindestzuführung	683	683	683	683
	davon geplante Einlagen SWB	2.300	2.300	2.300	2.300
	davon freie Spitze	-540	-78	59	335
	Ausgaben VWH gesamt	16.205	16.529	16.529	16.529

Bei einer Einnahmenerhöhung von +2 % und ab einer Kostensenkung von ca. 2 % ergibt sich rechnerisch eine positive freie Spitze

© 2015 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied der KPMG-Netzwerk unabhängiger Mitgliedsfirmen der KPMG International Cooperative („KPMG International“) einer (unselbständigen) Person schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Tilgungsraten und Risiken

Geht man von einer durchschnittlichen jährlichen Tilgung der letzten Jahre von TEUR 1.407 aus, so werden bei einer überschlägigen Ermittlung 53,2 Jahre bis zur **Entschuldung** benötigt

$$\frac{\text{Zahlungsverpflichtungen EUR 74,9 Mio.}}{\text{Jährliche Tilgung TEUR 1.407}} = 53,2 \text{ Jahre}$$

Sensitivitätsanalyse: Zinserhöhung

Anstieg %-Punkte	Reduktion Tilgungsbetrag %	Entschuldungsdauer	Bemerkung
0 %	0 %	53,2 Jahre	Ausgangssituation
1 %	-42 %	91,1 Jahre	Entschuldung um Faktor 1,7 verlängert
2 %	-83 %	316,0 Jahre	Entschuldung um Faktor 5,9 verlängert
3 %	Keine Tilgung möglich	unendlich	Schuldenaufnahme zur Zahlung der Zinsen notwendig

© 2015 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied der KPMG-Netzwerk unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Cooperative („KPMG International“) einer juristischen Person schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

15

Zusammenfassung

- Aufgrund der Höhe der ermittelten Zahlungsverpflichtungen erachten wir die bisherigen geleisteten und eingeplanten durchschnittlichen Tilgungsleistungen als zu gering, um Risiken für die Nachhaltigkeit zu minimieren.
- Entscheidungen durch den Stadtrat sind erforderlich
 - Bulmare GmbH: Verlustreduzierung und Entschuldung über Nutzungsdauer mit Auswirkung auf Etat
 - Möglichkeiten zur Einnahmeerhöhung
 - Ausgabenverringerung

© 2015 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied der KPMG-Netzwerk unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Cooperative („KPMG International“) einer juristischen Person schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

16

Vielen Dank


cutting through complexity

© 2015 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Konzerngesellschaft der KPMG Europe LLP und Mitglied des KPMG-Netzwerks unabhängiger Mitgliedsfirmen, die KPMG International Cooperative („KPMG International“), einer juristischen Person schweizerischen Rechts, angeschlossen sind. Alle Rechte vorbehalten.

Der Name KPMG, das Logo und „cutting through complexity“ sind eingetragene Markenzeichen von KPMG International.

Gegenstand:	Anfragen nach § 31 der Geschäftsordnung / Informationen des Bürgermeisters
--------------------	--

Keine Informationen und Anfragen nach der Geschäftsordnung

Thomas Gesche
1. Bürgermeister

Regina Lorenz
Schriftführer/in